Die neue Verfassung der Volksrepublik Albanien (Entwurf) Seite 6 - 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 6 vom 7. Februar 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Zur Jahreswende 1975/76 wurde die Sektion DDR der KPD/ML gegründet. ses Ereignis ist von historischer Bedeutung. Es wird nicht nur die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen in der DDR, sondern auch die Arbeiterklasse und das werktätige Volk in Westdeutschland und Westberlin begeistern und mit neuer Kraft im Kampf für eine vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland erfüllen.

Bereits in der Gründungserklärung der KPD/ML zur Jahreswende 1968/69 heißt es: „Beide, die westdeutsche Monopolbourgeoisie und die in Ostdeutschland herrschenden Kreise, verraten die sozialen und nationalen Interessen des deutschen Volkes, sie haben sie dem Streben des US-Imperialismus und Sozialimperialismus, der sowjetischen Führungsclique nach Weltherrschaft zum Opfer gebracht. Weder die Bonner noch die Ostberliner Regierung haben das Recht, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Deshalb ist die proletarische Revolution in ganz Deutschland eine objektive Notwendigkeit."

Deutschland gehört dem deutschen Volk! Unter der Führung der KPD/ML wird die Arbeiterklase sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR die sozialistische Revolution durchführen und die Diktatur des Proletariats errichten bzw. wiedererrichten; wird sie — eingereiht in die weltweite Front gegen die beiden Supermächte — die USA- und die russischen Imperialisten von deutschem Boden vertreiben und ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland errichten. Mit der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML besitzt die Arbeiterklasse nun in der Bundesrepublik, in Westberlin und in der DDR eine marxistisch-leninistische Vorhutpartei, die sie im Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und modernen Revisionismus führt, unter deren Leitung sie alle Schwierigkeiten überwinden und den Sieg erringen wird.

KPD/ML in der DDR gegründet

Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML

Arbeiter, Bauern, Werktätige in Stadt und Land!

Genossen,

die Sektion der DDR der KPD/ML ist um die Jahreswende 1975/76 gegründet worden.

Die Gründung der Sektion DDR ist ein glänzender Erfolg des Marxismus-Leninismus, ein großer Fortschritt für die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten und für die Errichtung des vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschlands.

Angesichts der revisionistischen Politik der KPD/D„K"P, SED und SEW hatten sich überall in Westdeutschland und Westberlin die bewußten revolutionären Kräfte der Arbeiterschaft und der Intelligenz zusammengefunden, um getreu der Lehre von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats fortzusetzen, den die Revisionisten in Ost und West verraten haben. Sie waren sich bewußt, daß nur unter der Führung durch eine konsequente, revolutionäre Partei der monopolkapitalistische Staatsapparat zerschlagen und dessen reformistischen und revisionistischen Handlangern Einhalt geboten werden kann.

Die Zeit ist längst reif, auch in der DDR den Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse in Angriff zu nehmen. Schon lange ist die SED unwiderruflich zu einer Partei des revisionistischen Verrats, zu einer bürgerlichen, sozialfaschistischen Partei entartet. Schon lange ist der ehemalige Arbeiter- und Bauernstaat zu einem kapitalistischen Staat geworden, in dem die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden. Das ist das Werk der revisionistischen Verräter vom Schlage Ulbrichts und Honeckers und ihrer Moskauer Oberherren wie Chruschtschow, Breschnew und Konsorten. Heute herrscht in der DDR die sozialfaschistische Diktatur einer neuen Bourgeoisie. Nur durch eine neue gewaltsame sozialistische Revolution können wir die sozialfaschistische Herrschaft der Honecker-Clique, die ein Vasall des russischen Sozialimperialismus ist, zerschlagen und die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern und übrigen Werktätigen, die Diktatur des Proletariats wiedererichten.

Nieder mit dem Verrat des modernen Revisionismus!
Es lebe die marxistisch-leninistische Weltbewegung!

Die KPdSU unter Chruschtschow, die SED unter Ulbricht, die KPD unter Reimann und ihren jeweiligen Nachfolgern, sowie ein großer Teil der anderen kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt, haben den Marxismus-Leninismus unter Berufung auf die Lehren von Marx, Engels, Lenin verfälscht und verraten. Sie haben das gemeinsame Programm der internationalen kommunistischen Bewegung, wie es zuletzt in den Moskauer Konferenzen von 1957 und 1960 in einer Deklaration und einer Erklärung niedergelegt wurde, verlassen und vollständig verraten. Sie haben die kommunistische Weltbewegung gespalten, sind vollkommen zu bürgerlichen Parteien entartet und haben da, wo sie an der Macht sind, die Diktatur des Proletariats in eine Diktatur einer neuen Bourgeoisie verwandelt.

Die Kommunistische Partei Chinas und die Partei der Arbeit Albaniens haben von Anfang an konsequent gegen den revisionistischen Verrat einen entschiedenen Kampf aufgenommen und den Marxismus-Leninismus verteidigt. Sie haben an der Generallinie aller kommunistischen Parteien festgehalten, sie verteidigt, Fehler und Schwächen in der Deklaration und Erklärung korrigiert und sie unter den jeweiligen Bedingungen gemäß den marxistisch-leninistischen Grundsätzen weiterentwickelt. Das sozialistische China unter Führung der KP mit mit Vorsitzenden Mao Tsetung an der Spitze ist so zum Hauptbollwerk der Weltrevolution geworden. Das heroische Albanien ist unter der Führung der Partei der Arbeit mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze zum Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa geworden.

Angespornt und ermutigt durch das Vorbild und Beispiel der chinesischen und albanischen Genossen haben die dem Marxismus-Leninismus ergebenen Kommunisten den Kampf gegen den Revisionismus verstärkt. Durch die vollständige und unwiderrufliche Entartung vieler kommunistischer Parteien waren die Marxisten-Leninisten gezwungen, neue marxistisch-leninistische Parteien aufzubauen. Sie bilden heute, zusammen mit den Parteien, in denen die revisionistische Entartung verhindert werden konnte, die marxistisch-leninistische Weltbewegung. Die KPD/ML ist ein Teil der marxistisch-leninistischen Weltbewegung.

Nieder mit der revisionistischen Vasallen-Clique in der DDR!

Analog zur Machtergreifung der revisionistischen Chruschtschow-Clique in der Sowjetunion schritt die schon vorher begonnene revisionistische Entartung in der SED und KPD Ende der fünfziger Jahre voran. Statt Festigung des Sozialismus verfolgte die SED Ökonomismus, die Theorie des materiellen Anreizes. Statt ideologischer Revolutionierung der Massen, Bürokratismus und Förderung bürgerlichen Denkens. Die Revisionisten verwandelten die SED in eine bürgerliche, sozialfaschistische Partei. Sie haben den Sozialismus und die Nation vollständig verraten. Schritt für Schritt verwandelten sie die DDR in einen kapitalistischen, sozialfaschistischen Staat.

Heute ist die DDR ein Staat, in dem die Bourgeoisie die Macht hat, die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden. Der Staat, als Kollektivkapitalist verwaltet die Produktionsmittel für die sowjetischen Sozialimperialisten und die neue Bourgeoisie im eigenen Land. Obwohl die russischen Sozialimperialisten und neuen Bourgeois nicht nominell Eigentümer der Betriebe sind, holen sie aber die Profite aus den staatlichen Betrieben heraus. Die neue Bourgeoisie setzt sich aus den hohen Partei- und Staatsfunktionären, der Armeeführung, aus Bürokraten, Technokraten und der hochgestellten Intelligenz zusammen. Sie ist eine parasitäre Klasse, die aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen der Bauern lebt.

Die Ausbeutung der Arbeiterklasse in der DDR unterscheidet sich von der Ausbeutung der Arbeiterklasse in Westdeutschland nicht im Wesen, lediglich in gewissen Formen. Die neue Bourgeoisie, die selbst wirtschaftlich wie politisch dem Diktat des russischen Sozialimperialismus untersteht, hat eine sozialfaschistische Diktatur über die Arbeiterklasse, die werktätigen Bauern und anderen werktätigen Massen errichtet. Dabei wird sie durch

Fortsetzung auf Seite 2



KPD/ML in der DDR gegründet

Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML

Fortsetzung von Seite 1

die Truppen des Sozialimperialismus gestützt und bedient sich des bürokratischen Polizei- und Staatsapparates und eines ausgedehnten Spitzelsystems. Die Massenorganisationen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger haben diese Sozialfaschisten in Organe zu ihrer Unterdrückung und Kontrolle verwandelt. Während die neue Bourgeoisie die Macht ausübt, den Massen ihren Willen aufzwingt, die Gesetze macht und diktiert, sind die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen politisch vollkommen entrechtet und versklavt. Die neue Bourgeoisie tritt die nominell noch vorhandenen Rechte und Freiheiten mit Füßen. Auch die sogenannten ,,gewählten Organe" befinden sich unter ihrer vollständigen Kontrolle. Die faschistische Diktatur versucht jede Opposition im Keime zu ersticken.

Nieder mit dem sozialimperialistischen Besatzerregime!

Die Sowjetunion von heute ist nicht mehr die Sowjetunion Lenins und Stalins. Durch den revisionistischen Putsch der Chruschtschow-Clique wurde die Sowjetunion in einen kapitalistischen Staat verwandelt, der nur noch dem Namen nach sozialistisch ist.

Die Sowjetunion, einst Hauptbollwerk der Weltrevolution, gehört heute zusammen mit dem US-Imperialismus zu den schlimmsten Feinden. Sie ist heute eine imperialistische Supermacht, ein Bollwerk der Weltreaktion. Während die Machthaber in Moskau ständig Phrasen von Sozialismus, Frieden, Freundschaft und Entspannung im Munde führen, betreiben sie in Wirklichkeit imperialistische Großmachtpolitik. Wie die DDR werden auch andere Länder des RGW und des Warschauer Paktes vom russischen Sozialimperialismus militärisch besetzt gehalten. Mit der sogenannten Theorie der ,,begrenzten Souveränität" und der Theorie der ,,sozialistischen Integration" versuchen die neuen Zaren im Kreml ihre Herrschaftsansprüche über diese Länder zu begründen. Der Einmarsch der russischen Sozialimperialisten in die CSSR hat vor den Völkern der ganzen Welt den aggressiven, sozialimperialistischen Charakter der Sowjetunion enthüllt, ebenso ihre Aggressionsakte gegen das sozialistische China.

Auf der ganzen Welt ringen die russischen Sozialimperialisten mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft. Sie mischen sich auf verschiedene Art und Weise in die Angelegenheiten der Völker und Länder der ganzen Welt ein. Sie streben in allen Bereichen ihre Vorherrschaft an. Dabei stützen sie sich auf die übelsten Reaktionäre und Landesverräter und säen Zwietracht zwischen den Völkern. Während beide Supermächte Abrüstungskonferenzen veranstalten, rüsten sie in Wirklichkeit wie wild auf, sowohl nuklear wie konventionell.

Der russische Sozialimperialismus hat die Länder des Warschauer Paktes, so auch die DDR, zu einem militärischen Aufmarschgebiet gemacht, um von hier aus einen militärischen Schlag gegen Westeuropa zu starten. Er hat in fast allen Teilen der Welt Militärbasen und Flottenstützpunkte errichtet. Seine Kriegsschiffe kreuzen auf allen Weltmeeren, seine Militärberater treiben auf allen Kontinenten ihr Unwesen. Sein Geheimdienst, der KGB, hat sich bei den Ländern und Völkern einen üblen Ruf erworben, wie der berüchtigte CIA des US-Imperialismus. Der russische Sozialimperialismus, der sich so gern mit dem Glorienschein der ,,Friedensmacht" umgibt, ist in Wirklichkeit zur Zeit der aggressivste imperialistische Kriegstreiber. Von seiner Rivalität mit dem US-Imperialismus um die Weltherrschaft geht die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg aus.

Die DDR ist von den neuen Zaren vollständig versklavt worden. Die sogenannte ,,Freundschaft mit der Sowjetunion", von der die herrschende Clique in unserem Land ständig redet, ist nur eine Tarnung für die tatsächliche Knechtschaft durch die Sowjetunion, unter der unser Land leidet. Nach dem Wunsch der Herren in Moskau soll diese Knechtschaft ewig andauern. Deshalb ließen sie in die neue Verfassung aufnehmen, daß die DDR ,,für immer und unwiderruflich" mit der Sowjetunion verbunden sei. Besser als dadurch konnte die Honecker-Clique kaum unter Beweis stellen, daß sie nichts anderes ist, als ein Befehlsempfänger Moskaus, ein Vasallenregime des Kreml. Die DDR ist vom Sozialimperialismus besetzt. Sie wird wirtschaftlich von ihm im Rahmen der sogenannten ,,internationalen Arbeitsteilung" ausgeplündert. Sie wird gezwungen, für die imperialistischen Interessen der russischen Imperialisten in den Krieg zu ziehen — wie die NVA bereits in Prag miteinmarschieren mußte, um die Herrschaft Moskaus wieder durchzusetzen.

„Freundschaft mit der Sowjetunion" bedeutet heute Verrat an unseren sozialen und nationalen Interessen. Unsere Freundschaft gilt den Arbeitern und Bauern und allen anderen Werktätigen in der Sowjetunion, deren größter Feind ebenfalls die sozialimperialistische Bourgeoisie ist. In unserem Kampf sind sie mit den wahren Kommunisten, den Marxisten-Leninisten an der Spitze, unsere treuen Verbündeten.

Nieder mit der Spaltung der deutschen Nation!

Auf Geheiß Moskaus hat die Honecker-Clique den Begriff der deutschen Nation aus der Verfassung gestrichen. Nach Breschnews Willen soll die deutsche Nation aufgehört haben zu existieren. Es kann durchaus möglich sein, daß die russischen Sozialimperialisten wieder von der Existenz der deutschen Nation und der Notwendigkeit der Wiedervereinigung sprechen, wenn dies ihren imperialistischen Zielen entspricht. Moskau will momentan die Spaltung der deutschen Nation. Mit einem Federstrich soll alles gelöscht werden, wofür die deutschen Kommunisten, dem dringenden Wunsch des deutschen Volkes entsprechend, seit 1945 in dieser Frage eingetreten sind.



Demonstration in Westberlin 1975

Deutschland wurde nach dem II. Weltkrieg durch den US-Imperialismus und die westdeutschen Imperialisten gespalten. Die Sowjetunion Stalins und die deutschen Kommunisten sind für ein vereintes, antifaschistisches, demokratisches und friedliebendes Deutschland auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens eingetreten. Nachdem klar geworden war, daß die US-Imperialisten, ihre westlichen Verbündeten und die westdeutschen Imperialisten das Potsdamer Abkommen vollständig gebrochen haben, kämpften die Kommunisten in beiden deutschen Staaten weiterhin für die Einheit der deutschen Nation. Natürlich wollen wir Kommunisten die Wiedervereinigung Deutschlands nicht auf imperialistischer Grundlage, weder unter dem Oberbefehl des russischen Sozialimperialismus, noch unter der Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus und des US-Imperialismus. Erst die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten schafft die Bedingungen für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Die Lage in Deutschland ist in gewisser Hinsicht ein getreues Abbild der Weltlage, der Aufteilung der Welt in Einflußsphären zwischen den Supermächten und ihres Ringens um Weltherrschaft. Während die DDR in völliger Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus ist, gehört Westdeutschland zum Einflußbereich des US-Imperialismus, der große Truppenkontingente dort stationiert hat, einen beträchtlichen Teil des Kapitals kontrolliert und einen starken politischen Einfluß ausübt. Auf deutschem Boden stehen sich die beiden imperialistischen Supermächte waffenstarrend gegenüber. Beim Ausbruch eines imperialistischen Krieges zwischen den beiden Supermächten würde Deutschland in seinem Zentrum liegen, was die physische Existenz unseres Volkes in Ost und West gefährden würde.

Der Kampf für unsere nationalen Interessen ist darum ein Kampf gegen die gegenwärtig aggressivsten Mächte des Imperialismus, den russischen Sozialimperialismus und den US-Imperialismus. Niemand kann das deutsche Volk daran hindern, in freier Selbstbestimmung den Weg zur Wiederherstellung seiner nationalen Einheit zu beschreiten. Deutschland gehört dem deutschen Volk und sonst niemandem auf der Welt. Weder den amerikanischen Imperialisten und den von ihnen hochgepäppelten westdeutschen Militaristen, noch der sozialimperialistischen Führungsclique der Sowjetunion und ihren Lakaien, der ostdeutschen revisionistischen Führungsgruppe.

Die Zeit wird kommen, da das deutsche Volk sich erheben und Herr seines Landes werden wird. Die deutsche Frage kann nur vom deutschen Volk gelöst werden. Es wäre ein Trugschluß zu glauben, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland könne herbeigeführt werden durch Wahlen, durch die Verhandlungen beider deutschen Regierungen miteinander, durch den Großmut der Supermächte. Deshalb kann der Weg zur nationalen Einheit nur über die Vertreibung aller Besatzungsmächte vom deutschen Boden und den revolutionären Sturz ihrer Lakaien und Bündnispartner in Ost- und Westdeutschland erfolgen.


Zum Jahrestag der Errichtung der Mauer flogen mit Hilfe von Luftballons Flugblätter gegen das sozialfaschistische Regime in die DDR.

Es lebe die KPD/ML

Arbeiter, Bauern, Werktätige in Stadt und Land!

Ohne die Führung durch eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen, also die russischen Sozialimperialisten zu vertreiben und die revisionistische Clique zu stürzen, um so die Diktatur des Proletariats in unserem Land wiederzuerrichten und schließlich ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu schaffen.

Wir rufen Euch deshalb auf, den Aufbau der KPD/ML in der DDR zu unterstützen.

Die KPD/ML steht fest auf dem Boden der revolutionären Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tse-tung.

Die KPD/ML ist die Avantgarde des Proletariats, die die Theorie mit der Praxis verbindet, enge Verbindungen mit den Volksmassen aufrechterhält und den Geist der ernsten Selbstkritik hat.

Die KPD/ML wird gemäß dieser Prinzipien das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse stärken und sie gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zum Sieg führen.

Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen kann nicht über das Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Wiederrichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes.

Die KPD/ML ist sich im klaren darüber, daß der Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland lang, voller Schwierigkeiten und harter Kämpfe sein wird. Dieser Kampf wird von jedem einzelnen Genossen höchsten Einsatz, Mut und Opferbereitschaft erfordern.

Wir können und werden diesen Kampf nur gewinnen, wenn wir uns eng mit den Massen verbinden und festes Vertrauen zu ihnen haben, von ihnen lernen und sie mit der scharfen Waffe der marxistisch-leninistischen Theorie wappnen.

Gestützt auf die von uns selbst organisierten Kräfte können wir alle deutschen und ausländischen Reaktionäre in unserem Land besiegen.

Kämpfen wir für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Es lebe das ZK der KPD/ML!

Kämpfen wir für die Stärkung der KPD/ML!

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML Sektion DDR

Spenden auf das Konto des Vorstands der KPD/ML

Spendenkonto Stadtsparkasse Dortmund Kto.-Nr. 321004—542

Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Redaktionelle Mitteilung

Aus aktuellem Anlaß erscheint diese Ausgabe des ROTEN MORGEN als Sondernummer. Die nächste Ausgabe wird wieder in gewohnter Aufmachung erscheinen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage ,,Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Nieder mit der SED

***„Die Zeit ist längst reif, auch in der DDR den Aufbau einer neuen marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse in Angriff zu nehmen. Schon lange ist die SED unwiderruflich zu einer Partei des revisionistischen Verrats, zu einer bürgerlichen, sozialfaschistischen Partei entartet.*“ So heißt es in der Gründungserklärung der Sektion DDR unserer Partei. Gegenwärtig bereitet die SED ihren IX. Parteitag vor. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlichte einen neuen Programmentwurf, einen Entwurf zu einem neuen Parteistatut und einen „Entwurf der Direktive des IX. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976-1980“. Es sind Dokumente des vollständigen Verrats am Marxismus-Leninismus, einer durch und durch kapitalistischen Linie. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die SED-Revisionisten versuchen, dieses Programm der sozialfaschistischen Unterdrückung und brutalen Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Werktätigen der DDR durch den russischen Sozialimperialismus und die neue Bourgeoisie der DDR mit pseudomarxistischen Phrasen zu tarnen.**

In der DDR ist der Kapitalismus längst wieder vollständig hergestellt. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR werden durch die russische Monopolbourgeoisie und die neue Bourgeoisie in der DDR brutal ausgebeutet und unterdrückt. Die SED-Revisionisten aber behaupten in ihrem neuen Programmentwurf, in der DDR bestehe eine *„entwickelte sozialistische Gesellschaft“*. Was aber ist das für eine *„entwickelte sozialistische Gesellschaft“*, in der die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden? — In 10 Punkten versuchen die SED-Revisionisten darzustellen, was *„entwickelte sozialistische Gesellschaft“* heißt.

Karl Marx hat die Periode des Sozialismus so gekennzeichnet: ***„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.*“** (Kritik des Gothaer Programms). An anderer Stelle stellt er fest: ***„Dieser Sozialismus ist die Permanenzerklärung der Revolution, die Klassendiktatur des Proletariats...*“** (Die Klassenkämpfe in Frankreich). So ist für Marxisten die Diktatur des Proletariats das wichtigste Merkmal des Sozialismus. In der sozialistischen Gesellschaft übt die Arbeiterklasse die proletarische Diktatur über die Kapitalistenklasse und alle Reaktionäre aus, um zu verhindern, daß die Ausbeuter die Macht wieder an sich reißen und die kapitalistische Ausbeuterordnung wiedererrichten. Davon aber ist in den Ausführungen der SED-Revisionisten über die *„entwickelte sozialistische Gesellschaft“* mit keinem Wort die Rede. Zwar taucht der Begriff „Diktatur des Proletariats“ an anderer Stelle des Programmentwurfs auf, aber ohne jede marxistisch-leninistische Bedeutung. Welche Klasse in der DDR herrscht, welchen Klassencharakter der Staat in der DDR hat — diese Frage spielt in der *„entwickelten sozialistischen Gesellschaft“* offensichtlich keine Rolle.

Daß Honecker hier grundlegend anderer Ansicht ist als Marx, ist natürlich nicht weiter erstaunlich. Aber man muß ständig den vollständigen Bruch dieser Renegaten mit dem Marxismus-Leninismus nachweisen. Es richtet in der DDR, in Westdeutschland und über die Grenzen unseres Vaterlandes hinaus unermeßlichen Schaden an, daß diese Sozialfaschisten ihre ungeheuren Verbrechen gegen die Werktätigen als marxistisch-leninistische Politik ausgeben. **Es ist deshalb besonders wichtig, jene vollständig als Antimarxisten zu entlarven, die den Marxismus-Leninismus in eine konterrevolutionäre Ideologie verfälscht haben, mit der sich jedes Verbrechen gegen die Werktätigen, selbst ihre terroristische Unterdrückung und Ausbeutung, „rechtfertigen“ läßt.**

Die Verfälschung der marxistisch-leninistischen Auffassungen über den Sozialismus als revolutionäre Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus durch die SED-Revisionisten aber geht noch weiter. Die SED-Revisionisten erkennen nicht nur die Diktatur des Proletariats nicht an. Sie leugnen auch, daß es in der DDR Klassenkampf gibt. Nun ist die DDR heute ein kapitalistisches Land und von daher ist es offenkundig, daß es in der DDR Klassen und Klassenkampf gibt. Aber auch in einem sozialistischen Land hört unter der Diktatur des Proletariats keineswegs der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf. Es hat lediglich das Vorzeichen gewechselt. Die ehemals unterdrückte Klasse, das Proletariat, ist nun die herrschende Klasse. Die ehemals herrschende Klasse, die Bourgeoisie, ist nun die unterdrückte Klasse. Der Kampf zwischen ihnen ist aber keineswegs endgültig entschieden. Die Diktatur des Proletariats ist gerade deshalb notwendig, weil die Bourgeoisie dem Proletariat die Macht mit allen Mitteln wieder entreißen will. Deshalb schreibt Lenin: ***„Die Diktatur des Proletariats ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste Krieg der neuen Klasse gegen einen mächtigeren Feind, gegen die Bourgeoisie...*“** (Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus). Und Genosse Mao Tsetung unterstreicht im Hinblick auf die Gefahr der kapitalistischen Entartung eines sozialistischen Landes die Bedeutung dieser Frage: ***„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen. Man muß die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen.*“**

Genau das ist in der DDR geschehen. Eine neue Bourgeoisie hat sich herausgebildet, die die Diktatur des Proletariats zerschlagen und die Diktatur der Bourgeoisie und den Kapitalismus vollständig wieder errichtet hat. Um das zu tarnen, um die jetzige sozialfaschistische Diktatur des russischen Sozialimperialismus und der neuen Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR als „sozialistische Staatsmacht“ ausgeben zu können, müssen die SED-Revisionisten den Marxismus-Leninismus in dieser entscheidenden Frage verfälschen. Darum behaupten sie, daß es nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats keinen Klassenkampf mehr zwischen Proletariat und Bourgeoisie gibt. Also besteht auch nicht die Gefahr einer bürgerlichen Machtergreifung. Also kann es in der DDR und den anderen revisionistischen Ländern keine Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie gegeben haben. Also besteht in der DDR nach wie vor und für alle Zeiten die „sozialistische Staatsmacht“.



August 1968: Panzer der russischen Sozialimperialisten gegen die Prager Bevölkerung.

Sozialfaschistische Diktatur

In ihren neuen Programmentwurf behaupten die SED-Revisionisten: *„Die Hauptrichtung, in der sich die sozialistische Staatsmacht entwickelt, ist die weitere Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie.*“ Nennt man das neuerdings *„sozialistische Demokratie“*, wenn man sich kein kritisches Wort mehr zu sagen traut, weil man stets fürchten muß, einem Spitzel des Staatssicherheitsdienstes gegenüberzustehen? Ein Wort gegen die Honecker-Clique — schon heißt es *„staatsfeindliche Hetze“* (bis zu 5 Jahren Gefängnis). Ein Wort gegen die russischen Besatzertruppen — schon kann man mit einer Anklage wegen *„Antisowjetismus“* rechnen. Straf- und Haftrecht wurden in der DDR verschärft. Etwa um die steigende Kriminalität zu bekämpfen? — Die Kriminalität steigt weiter. Darum geht es den sozialfaschistischen Machthabern auch gar nicht. Hier geht es vor allem darum, die Opposition mundtot zu machen, vor allem revolutionäre, marxistisch-leninistische Kräfte. Immer mehr Werktätige werden in der DDR aus politischen Gründen ins Gefängnis gesperrt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die sozialfaschistische Justiz in der DDR wie die bürgerliche Klassenjustiz in Westdeutschland auch politische Gefangene als „Kriminelle“ diffamiert. Außer Gefängnis gibt es zig andere Methoden der Einschüchterung und Erpressung. Wer nicht den Mund hält und sich in Linientreue übt, wird schikaniert, wo es nur geht.

Im neuen Programmentwurf schreiben die SED-Revisionisten: *„Die Achtung der sozialistischen Gesetzlichkeit muß immer mehr zur Lebensgewohnheit der Bürger werden. Die strikte Wahrung der sozialistischen Gesetzlichkeit erfordert, schwerwiegende Verletzungen des Rechts mit der erforderlichen Strenge zu ahnden.*“ Von *„erforderlicher Strenge“* gegen bürgerliche, kapitalistische Elemente steht wie gesagt nichts im Programmentwurf. In einem sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats achten die Werktätigen allerdings die sozialistische Gesetzlichkeit. Aber nicht aus „Lebensgewohnheit“, sondern **bewußt**: es ist **ihr** Staat und die Gesetze dieses Staates sind in **ihrem** Interesse. Darum kämpfen in China und Albanien die Werktätigen für die Stärkung und Festigung der proletarischen Staatsmacht und für die Einhaltung ihrer Gesetze. Natürlich kommt es auch in einem sozialistischen Land vor, daß Werktätige gegen die sozialistischen Gesetze verstoßen. Aber dann geht es dem proletarischen Staat und der proletarischen Partei nicht in erster Linie um die strenge Ahndung, sondern um die Umerziehung dieser Werktätigen. Selbst in ihrem Programmentwurf muß die Honecker-Clique also zugeben, daß in der DDR die Verhältnisse keineswegs so sind wie in den wirklich sozialistischen Ländern. Die russischen Sozialimperialisten und die neue Bourgeoisie müssen ihre Gesetze den Werktätigen aufzwingen und können sich nicht auf das Klassenbewußtsein der werktätigen Massen stützen. Denn das richtige Bewußtsein der Werktätigen zur sozialfaschistischen Gesetzlichkeit ist, daß diese Gesetze gemacht sind, um die Werktätigen zu unterdrücken und niederzuhalten und die Herrschaft der russischen Monopolbourgeoisie und der neuen DDR-Bourgeoisie aufrecht zu erhalten. Wenn die Honecker-Clique davon redet, die Achtung ihrer Gesetzlichkeit müsse zur Lebensgewohnheit der Bürger werden, heißt das mit anderen Worten: Jeder Widerstand der Werktätigen gegen das sozialfaschistische Regime muß gebrochen werden.

Und wie paßt es zu dem Bild der „sozialistischen Demokratie“, daß dieser angeblich sozialistische Staat mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl zu verhindern sucht, daß Werktätige in den kapitalistischen Westen fliehen?

Nicht die Phrasen vom Sozialismus und der „Annäherung aller Klassen und Schichten“ zählen, sondern die sozialfaschistische Wirklichkeit. Auch Hitler hat vom Sozialismus geredet und erklärt, daß es keine Klassen mehr gäbe, sondern nur noch die „Volksgemeinschaft“.

Kapitalistische Produktionsverhältnisse

So ist klar, warum die Honecker-Clique es vorzieht, bei ihren Ausführungen über die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ die Frage nach dem Klassencharakter des Staates lieber nicht aufzuwerfen. Immerhin aber ist im Programmentwurf von sozialistischen Produktionsverhältnissen die Rede: *„Die entwickelte sozialistische Gesellschaft setzt die ungeteilte Herrschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse voraus.*“ Zur Frage der Produktionsverhältnisse wird dann weiter unten ausgeführt: *„Entwickelte sozialistische Gesellschaft — das heißt: die Produktionsverhältnisse als Beziehungen kameradschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe zwischen den Werktätigen und den Arbeitskollektiven weiterzuentwickeln und zu vervollkommnen, den Kollektivgeist in den gesellschaftlichen Beziehungen zu stärken.*“ „Kameradschaftlichkeit“, „gegenseitige Hilfe“, „Kollektivgeist“ — sicherlich ist das alles Bestandteil sozialistischer Produktionsverhältnisse. **Der Charakter der Produktionsverhältnisse aber hängt doch in erster Linie von der Frage ab, wer über die Produktionsmittel verfügt.** Im Kapitalismus besitzen die Kapitalisten die Produktionsmittel und benützen sie, um die Arbeiterklasse auszubeuten. Das ist das Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Das Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist dagegen, daß die Arbeiterklasse mittels ihres Staates über die Produktionsmittel verfügt. Nun gehören in der DDR die wichtigsten Produktionsmittel ja in der Tat nicht einzelnen Kapitalisten, sondern dem Staat. Prompt behaupten die SED-Revisionisten, in der DDR bestehe gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln. Aber selbst die Honecker-Clique wird kaum behaupten wollen, daß in Westdeutschland z. B. die Bundesbahn gesellschaftliches Eigentum ist. Wenn die Produktionsmittel dem Staat gehören, ist also die Frage, wessen Instrument der Staat ist, entscheidend, um den Charakter der Eigentumsverhältnisse und damit auch der Produktionsverhältnisse zu bestimmen. Damit ist die Behauptung von den sozialistischen Produktionsverhältnissen in der DDR auch schon geplatzt. In der DDR herrschen keine sozialistischen, sondern kapitalistische Produktionsverhältnisse, obwohl die Produktionsmittel zum größten Teil dem Staat gehören; denn dieser Staat ist kein Staat der Diktatur des Proletariats, sondern der Diktatur der russischen Monopolbourgeoisie und der neuen Bourgeoisie der DDR. **In Wirklichkeit verfügt also keineswegs die Arbeiterklasse über die Produktionsmittel, sondern die Bourgeoisie vermittels ihres Staates.** Die russische Monopolbourgeoisie und die neue DDR-Bourgeoisie verfügen über die Produktionsmittel und benutzen sie, um die Arbeiterklasse auszubeuten — das ist das Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der DDR.

Chruschtschows Gulasch-Kommunismus aufgewärmt

Kommen wir zu einem weiteren Wesensmerkmal der *„entwickelten sozialistischen Gesellschaft“*: *„Entwickelte sozialistische Gesellschaft — das heißt: eine leistungsfähige materiell-technische Basis zu schaffen, die ein stabiles Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitsproduktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit ermöglicht. Der Hauptweg dazu ist die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion.*“ Hier liegt ein wichtiger Schlüssel, um die Betrugsmanöver der Honecker-Clique zu durchschauen. Natürlich ist es in einem wirklichen sozialistischen Land die Aufgabe und die Pflicht der Arbeiterklasse, die Produktion zu entfalten, um den Aufbau des Sozialismus voranzutreiben. Das liegt vollständig im Interesse der Arbeiterklasse. Unter den Bedingungen der Diktatur der Bourgeoisie und kapitalistischer Produktionsverhältnisse aber stellt sich diese Frage ganz anders. In diesem Fall bedeutet jede Intensivierung der Produktion verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse. Sie liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, sondern im Interesse ihrer Ausbeuter. Diesen sehr einfachen Sachverhalt müssen die modernen Revisionisten vollständig verwirren. Deshalb laufen auch die ganzen Ausführungen der SED-Revisionisten darauf hinaus, von der klaren Frage nach dem Charakter des Staatsapparates, welche Klasse die politische Macht ausübt, abzulenken, und stattdessen die sogenannten ökonomischen Faktoren zu verabsolutieren. Das war bereits eine These Chruschtschows, der ebenfalls behauptet hatte, im Sozialismus käme der Ökonomie und nicht

Fortsetzung auf Seite 4

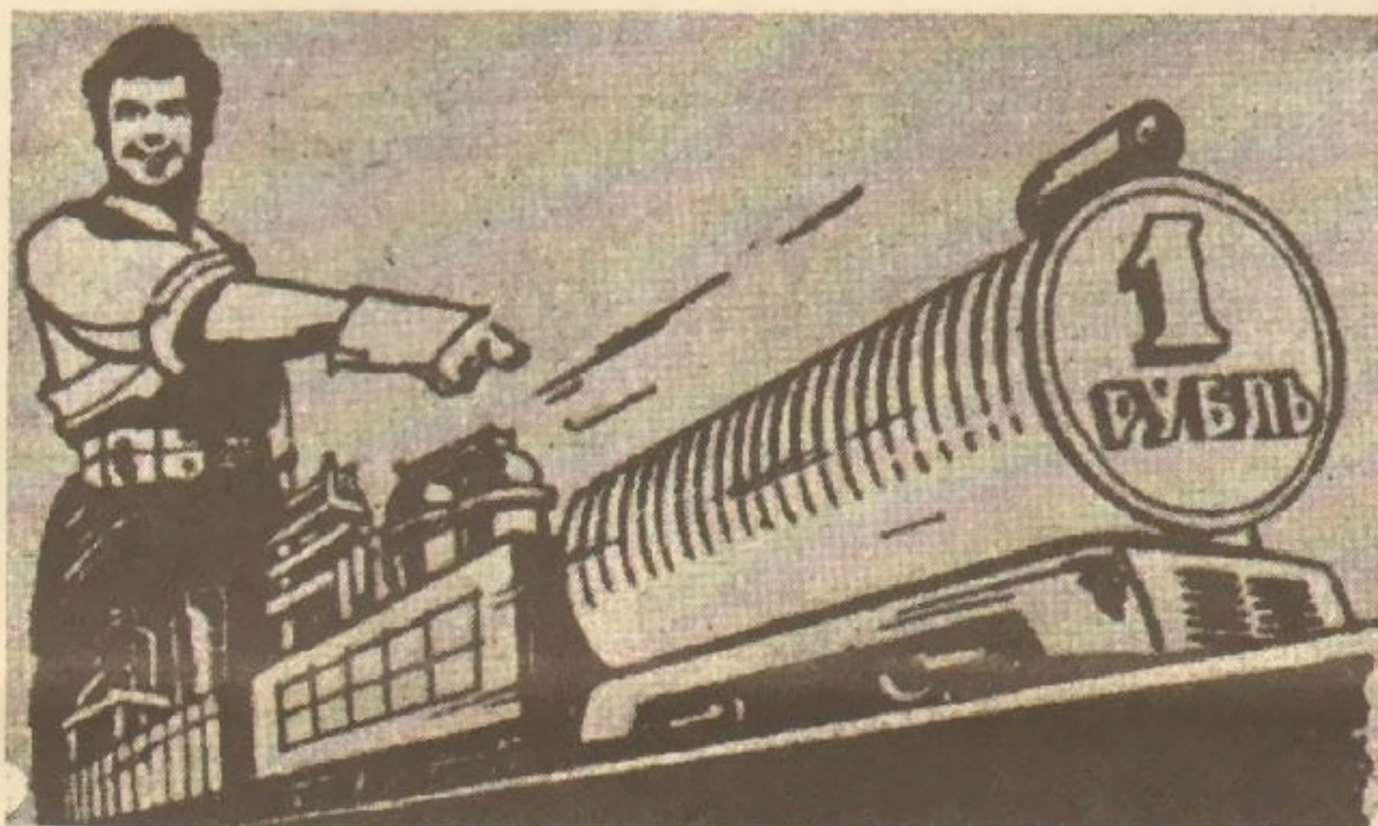
Fortsetzung von Seite 3

der Politik die entscheidende Bedeutung zu. Eine Theorie, die als Gulasch-Kommunismus traurige Berühmtheit erlangte. Schon Lenin hat zu dieser Frage unmißverständlich Stellung genommen: „***Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik. Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt, das ABC des Marxismus zu vergessen.***"

„***Ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und folglich auch ihre Produktionsaufgabe nicht lösen können.***" (Lenin, Bd. 32, Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins). Zweifellos haben die modernen Revisionisten der SED das ABC des Marxismus nicht vergessen, sie treten es bewußt mit Füßen. Warum müssen die modernen Revisionisten die antileninistische Behauptung von dem Primat der Ökonomie gegenüber der Politik aufstellen? Sie wollen die Wachsamkeit der Arbeiterklasse von den Fragen des Überbaus, vor allem der Staatsmacht ablenken. In der Sowjetunion, der DDR und den anderen revisionistischen Ländern vollzog sich die Machtergreifung der neuen Bourgeoisien ja nicht durch eine Veränderung der ökonomischen Basis, sondern über die Konterrevolution im Überbau, die Zerschlagung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse und die Wiedererrichtung der Diktatur der Bourgeoisie. Damit veränderte der Staatsapparat schlagartig sein Gesicht. Er wurde aus einem Instrument der Herrschaft der Arbeiterklasse zu einem faschistischen Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse. Die Wirtschaft veränderte zwar ebenfalls ihren Charakter, hörte auf, eine sozialistische Wirtschaft zu sein und wurde kapitalistisch, aber sie behält noch viele äußere Hüllen und Erscheinungsformen der sozialistischen Vergangenheit bei. So haben wir gesehen, daß das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln sich wieder in kapitalistisches Eigentum an den Produktionsmitteln verwandelt. Aber das ist nicht einfach zu erkennen, weil die Produktionsmittel ja nach wie vor nicht einzelnen Kapitalisten individuell gehören, sondern dem bürgerlichen Staat. So ist es so, daß die von den modernen Revisionisten mit der Behauptung vom Primat der Ökonomie betriebene Entpolitisierung der Arbeiterklasse ihnen einerseits die konterrevolutionäre Machtergreifung erleichterte, andererseits es der Arbeiterklasse heute erschwert, die Tatsache der revisionistischen Entartung zu erkennen.

Der SED-Programmentwurf legt, wie bereits der VIII. Parteitag der SED, die „*Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes*" als „*Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*" fest. Natürlich wird in jedem sozialistischen Land die Erhöhung des Lebensniveaus der Werktätigen angestrebt. Aber für die Arbeiterklasse ist die politische Macht wichtiger als ein Teller Gulasch.

Hatte die Chruschtschow-Clique nach ihrer Machtergreifung den Werktätigen nicht Gulasch versprochen? — Heute ermangelt es den Werktätigen der Sowjetunion sogar an Brot. Der Gulasch-Kommunismus der modernen Revisionisten hat nicht nur dazu geführt, daß der Arbeiterklasse in der Sowjetunion, der DDR und den anderen revisionistischen Ländern die politische Macht wieder entrissen wurde, sie hat auch dazu geführt, daß die Produktionsaufgaben nicht gelöst werden konnten. In der Sowjetunion von heute ist das besonders deutlich. Aber auch in der DDR-Wirtschaft beginnen sich die Schwierigkeiten zu häufen. So läßt der veröffentlichte Entwurf der Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976-1980 erkennen, daß selbst die bekannte Schönfärberei der SED-Planer es nicht zuläßt, für das nächste Planjahrfünft eine Steigerung der prozentualen Wachstumsraten gegenüber dem vergangenen Planjahrfünft zu veranschlagen. Zwar verspricht die Direktive „stabile Verbraucherpreise", aber es ist bekannt, daß diesem Versprechen nicht zu trauen ist. Erstens müssen in wachsendem Maße die sogenannten gesellschaftlichen Fonds zur Stützung der Preise verwendet werden, was bedeutet, daß geplante Verbesserungen sozialer Einrichtungen flachfallen. Zweitens bedient sich die Honecker-Clique eines Tricks, um Preissteigerungen zu kaschieren: Sie läßt die betreffenden Produkte aus dem Angebot verschwinden und in neuer Verpackung und neuem Preis oder vermindertem Gewicht wieder auftauchen. Die SED-Version des Chruschtschowschen Gulasch-Kommunismus wird für die Werktätigen der DDR keineswegs eine Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus, sondern verschärfte Ausbeutung durch die russische Monopolbourgeoisie und die neue Bourgeoisie der DDR bringen.



Das ist ein Propagandaplakat der Sowjetrevisionisten. Die Aufschrift auf der Lokomotive heißt: 1 Rubel. Unter dem Plakat steht: „Eine mächtige Lokomotive." Das Geld also soll die Lokomotive sein, die alles vorwärtszieht. Diese kapitalistische Logik spricht auch aus den Dokumenten der SED-Revisionisten.

Kapitalistische Lohnsklaverei

Daran läßt der neue Programmentwurf keinen Zweifel. So schreiben die SED-Revisionisten: „*Die konsequente Verwirklichung des Prinzips ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung' setzt neue Triebkräfte für den ökonomischen und sozialen Fortschritt frei.*" Bereits Marx hat festgestellt, daß dieses Prinzip im Sozialismus Gültigkeit hat, weil die Voraussetzungen für die Anwendung des Prinzips „*Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen*" noch nicht geschaffen sind. Die Verwirklichung dieses Prinzips im Sozialismus bedeutet einen Fortschritt gegenüber dem Kapitalismus. Es bringt gleiches Recht für alle. Dieses gleiche Recht aber schafft selbst in einer sozialistischen Gesellschaft ständig neue Ungleichheit, weil eben nicht alle die gleiche Leistung erbringen können. Darum hat Marx dieses Prinzip auch keineswegs als „*Triebkraft des Fortschritts*" gefeiert wie die SED-Revisionisten. Er hat es vielmehr zu den „***Mißständen***" gerechnet, die „***unvermeidbar,***" sind „***in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist.***" (Kritik des Gothaer Programms). Der Sozialismus ist die Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Er enthält sowohl Elemente, die ihre Wurzel noch in der bürgerlichen Gesellschaft haben, als auch Elemente, die bereits auf die kommunistische Zukunft hinweisen. Diese kommunistischen Elemente müssen im Sozialismus ständig gestärkt, das bürgerliche Recht aber muß ständig weiter eingeschränkt werden. Die Honecker-Clique propagiert das genaue Gegenteil. Was Marx als „***unvermeidbaren Mißstand***" bezeichnete, feiern sie als „*Triebkraft des Fortschritts*". Sie geben die Muttermale der kapitalistischen Gesellschaft als Triebkraft des Fortschritts im Sozialismus aus, damit es ihnen leichter fällt, den restaurierten Kapitalismus in der DDR als Sozialismus auszugeben. Das Prinzip „*Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung*" ist in der heutigen kapitalistischen DDR keineswegs verwirklicht. Für die neue Bourgeoisie oder gar die russische Monopolbourgeoisie auf der einen Seite und die Arbeiterklasse und alle Werktätigen auf der anderen Seite gibt es in der DDR kein gleiches Recht. Wenn das Prinzip „*Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen*" in der DDR verwirklicht würde, müßten Honecker und Konsorten glatt verhungern.

So haben die SED-Revisionisten das von Marx für die Periode des Sozialismus als unvermeidbar anerkannte Prinzip „*Jedem nach seiner Leistung*" für die „*entwickelte sozialistische Gesellschaft*" zur „*leistungsorientierten Lohnpolitik*" hin weiterentwickelt. Unter der Zwischenüberschrift „*Zur Entwicklung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes*" heißt es dazu in dem Entwurf der Direktive zur Entwicklung der Volkswirtschaft 1976-1980: „*Die Erhöhung der Geldeinnahmen der Werktätigen vollzieht sich vor allem über das Arbeitseinkommen bei konsequenter Durchsetzung des Leistungsprinzips. Diese Zielsetzung wird durch eine leistungsorientierte Lohnpolitik erreicht. Sie ist darauf zu richten, die Initiative der Werktätigen auf eine hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität, die bessere Ausnutzung der Grundfonds, die Verbesserung der Materialökonomie und eine hohe Qualität der Erzeugnisse zu lenken sowie eine größere Wirksamkeit des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens zu erreichen.*

Durch sie sind die Werktätigen stärker daran zu interessieren, sich zu qualifizieren und Verantwortung zu übernehmen. Gleichzeitig soll damit die sozialistische Einstellung zur Arbeit vertieft, fleißige Arbeit, hohe Arbeitsmoral und -disziplin gefördert werden."

Bleiben wir erst einmal bei dem Begriff der „*leistungsorientierten Lohnpolitik*". Sie soll also die Initiative der Werktätigen für eine hohe Steigerung der Arbeitsproduktivität wecken. Mit anderen Worten, die Werktätigen werden über den Lohn gezwungen, schneller zu arbeiten. Am 11. 9. 75 brachte das DDR-Fernsehen eine Wirtschaftssendung, in der sehr klar wurde, wie dieses System des materiellen Anreizes funktioniert. Dort ging es darum, daß in einem Stahlwerk die Beschädigungsrate an den Güterwaggons, in denen der Schrott angeliefert wird, gesenkt werden sollte. Eine Kranfahrerin hatte die Beschädigungsrate von 0% erreicht. Auf die Frage, wie sie das geschafft habe, antwortete sie: „*Es ist die Angst, die ich habe, dadurch schaffe ich es.*" — „*Welche Angst?*" fragte der Reporter. Die Kollegin antwortete: „*1. vor meinem finanziellen Verlust, den ich bei jeder Beschädigung habe und 2. vor dem Ausfall von Güterwaggons, wodurch wir alle dann unseren Plan nicht mehr schaffen, was wiederum zu finanziellen Verlusten führt.*" So ähnlich könnte auch eine Akkordarbeiterin von Siemens auf die Frage antworten, wie sie ihren Akkord schafft. Auch bei ihr ist es die Angst, daß der Lohn nicht reicht, wenn der Akkord nicht geschafft wird oder wenn es wegen zu hoher Fehlerquote Lohnabzug gibt. Hüben wie drüben also kapitalistische Lohnsklaverei. In einem wirklichen sozialistischen Land ist nicht der Lohn der entscheidende Anreiz zur Produktivitätssteigerung, sondern das Bewußtsein, für den Aufbau des Sozialismus zu arbeiten. **In der DDR aber ist die Arbeitskraft wieder zur Ware geworden.**

Wie aus dem obigen Zitat hervorgeht, differenziert sich der Leistungslohn nicht nur nach der Menge und der Schwere der geleisteten Arbeit, sondern auch nach der „Verantwortung", die einer „übernommen" hat. In den westlichen kapitalistischen Ländern ist viel von der „Verantwortung des Unternehmers" die Rede. Sie gibt dem Kapitalisten angebich das Recht, den durch die Ausbeutung der Arbeiter erpreßten Profit einzustreichen. Und auch in der DDR ist es natürlich so, daß diejenigen, die überhaupt nicht produktiv arbeiten, die „größte Verantwortung" tragen.

Im Zusammenhang damit ist es von großer Bedeutung, daß die Erhöhung der Geldeinnahmen der Werktätigen sich vor allem über das Arbeitseinkommen vollziehen soll. Lassen wir einmal dahingestellt, was 1980 an echter Erhöhung herausgekommen sein wird. Im sozialistischen Albanien vollzieht sich die Erhöhung des materiellen Lebensniveaus der werktätigen Massen z.B. keineswegs in erster Linie über die Erhöhung des Arbeitseinkommens, sondern über die Senkung der Warenpreise. Das hat seinen guten Grund. Der Austausch mittels Geldes ist im Sozialismus noch notwendig und nicht zu vermeiden. Er soll aber nicht ausgeweitet, sondern eingeschränkt werden, bis schließlich im Kommunismus das Geld vollständig abgeschafft sein wird. Warum betreiben die SED-Revisionisten also die **Ausweitung der Funktionen des Geldes? — Die Antwort liegt auf der** Hand: Einengung der Funktionen des Geldes bedeutet auch Einengung der Möglichkeiten zur Kapitalbildung. **Und die Anhäufung von Kapital ist in der DDR wie in allen kapitalistischen Ländern eben der eigentliche Zweck des Produktionsprozesses.**

So ist der neue Programmentwurf der SED ein durch und durch kapitalistisches **Programm, ein klarer Aus**druck der Tatsache, daß die Arbeiterklasse der DDR durch die russischen Sozialimperialisten und die neue Bourgeoisie wieder vollständig in kapitalistische Lohnsklaverei gepreßt worden ist. Und die neue volkswirtschaftliche Direktive der SED sieht vor, die Ausbeutung der Arbeiterklasse bis 1980 enorm zu verschärfen. So sollen durch verschärfte Rationalisierung und Arbeitshetze bis 1980 220 bis 280 Mio. Arbeitsstunden eingespart werden. Einmal durch die Einführung schnellerer Maschinen nach dem Motto „*Neue Technik — neue Normen*". Zum anderen aber auch durch die verstärkte Ausweitung der Mehrschichtenarbeit und durch die Neuregelung von Pausenordnungen.

Doppelte Ausbeutung und Unterdrückung

Dabei müssen die Werktätigen der DDR in immer stärkerem Maße unmittelbar für den Profit der russischen Monopolbourgeoisie schuften. So heißt es in der Direktive: „*Ein fester Bestandteil der Ziele des Fünfjahrplans ist die weitere wesentliche Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration. Das verlangt eine höhere Stufe der Verflechtung der Volkswirtschaft der DDR mit der Volkswirtschaft der UdSSR sowie mit den Volkswirtschaften der anderen sozialistischen Bruderländer.*" Schon jetzt ist die DDR nahezu vollständig von den russischen Rohstofflieferungen abhängig. Um 50% haben die russischen Sozialimperialisten 1975 ihre Rohstoffpreise für die DDR erhöht. Umgekehrt stiegen die Preise der Exportwaren der DDR durchschnittlich nur um 5%. Um zu verhindern, daß dieser ungleiche Handel zu horrenden Preissteigerungen in der DDR führt, müssen ständig steigende Millionensummen zur Subventionierung der Preise aufgewendet werden. Für die nächsten 5 Jahre ist eine Erhöhung der Fonds, aus denen u.a. diese Preissubventionen finanziert werden sollen, um 31% vorgesehen. Eine andere Form der Ausplünderung der DDR durch die russischen Sozialimperialisten sind die sogenannten „*Vereinbarungen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit*". Gegenwärtig bestehen 500 solcher Vereinbarungen der DDR mit der UdSSR und anderen RGW-Ländern. Offiziell soll die DDR in den nächsten 5 Jahren 8 Mrd. Mark zur Finanzierung industrieller Projekte in der UdSSR und anderen revisionistischen Ländern zahlen. Die wirkliche Zahl dürfte höher liegen. Ein Beispiel für ein solches Projekt ist die Erdgasleitung Orenburg. 3 Mrd. Mark mußte allein die DDR für diese Erdgasleitung aufbringen, die uneingeschränkt den russischen Sozialimperialisten gehören wird.

Unter dem Schlagwort der „*internationalen Arbeitsteilung*" und der „*Spezialisierung*" werden gerade die wichtigsten Bereiche der DDR-Industrie auf die Bedürfnisse der russischen Sozialimperialisten abgestellt. Z.B. der Maschinenbau. So heißt es in der Direktive: „*Insbesondere der Schwermaschinen- und Anlagenbau hat im Rahmen der Investitionsbeteiligung einen bedeutenden Beitrag zur Rohstoffsicherung der DDR zu leisten.*" Die DDR liefert Schwermaschinen und Industrieanlagen in die Sowjetunion, die sie für ihre eigene industrielle Entwicklung benötigt. Sicherlich liefert die Sowjetunion Rohstoffe, wobei sie wie im vergangenen Jahr vor fünfzigprozentigen Preiserhöhungen nicht zurückschreckt. Vor allem aber wird durch diesen ungleichen Handel doch in keiner Weise die Rohstoffbasis der DDR sichergestellt, wie die SED-Revisionisten behaupten. Wo liegt denn für die DDR die Sicherheit, daß Moskau den Rohstoffhahn nicht eines Tages zudreht? Und noch eine andere Zahl, um zu zeigen, wie die DDR-Wirtschaft immer stärker auf die Interessen der russischen Sozialimperialisten zugeschnitten wird. Während die industrielle Warenproduktion bis 1980 um 34%-36% gesteigert werden soll, soll der Export in die UdSSR und andere RGW-Länder um 50% steigen. Während dringende Bedürfnisse der Werktätigen in der DDR nicht befriedigt werden können, geht ein immer größerer Teil der produzierten Waren in die Sowjetunion.

Das ist die doppelte Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen der DDR durch den russischen Sozialimperialismus und die neue Bourgeoisie der DDR. Der Programmentwurf der SED und der Entwurf der Direktive 1976-1980 sind bei allem pseudomarxistischen Vokabular ein klarer Ausdruck der Tatsache, daß in der DDR der Kapitalismus unter der Herrschaft der russischen Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie vollständig restauriert worden ist, daß es für die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR keine Hoffnung auf eine friedliche Rückkehr zum sozialistischen Weg gibt. Nur durch eine erneute sozialistische Revolution kann die Herrschaft der neuen Ausbeuter gestürzt, die Diktatur des Proletariats wiedererrichtet werden. Die Gründung der Sektion DDR unserer Partei ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg.

SED

Verräter der Nation und Vasallen Moskaus!

Der neue Programmentwurf der SED ist nicht nur eine völlige Verfälschung der Auffassungen des Marxismus-Leninismus über den Sozialismus als revolutionäre Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern zugleich auch ein schandbares Dokument des Verrats der neuen Bourgeoisie der DDR an den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Wie schon in der neuen Verfassung erklären die Machthaber der DDR auch im Programmentwurf der SED, daß die deutsche Nation und das deutsche Volk nicht länger existieren. An ihre Stelle sollen angeblich zwei Nationen, zwei Völker getreten sein: die ,,kapitalistische Nation" der Bundesrepublik — und die ,,sozialistische Nation" der DDR mit dem ,,Volk der DDR".

Schon gleich in der Präambel des Programmentwurfs wird erklärt: ,,*Mit der sozialistischen Umgestaltung begann sich in der DDR die sozialistische Nation herauszubilden.*" ,,*Sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus bestimmen immer stärker das Handeln der Menschen. Das Aufblühen der sozialistischen Nation ist verbunden mit ihrer Annäherung an die anderen Nationen der sozialistischen Staatengemeinschaft*" — wobei damit besonders die Sowjetunion gemeint ist. Später heißt es dann im Abschnitt über die Nation: ,,*Indem die Arbeiterklasse die Macht eroberte, konstituierte sie sich als Nation. Geführt von der Arbeiterklasse hat das Volk der DDR in Übereinstimmung mit dem geschichtlichen Übergang zum Sozialismus sein Recht auf sozialökonomische, staatliche und nationale Selbstbestimmung verwirklicht.*"

Mit dem Marxismus-Leninismus haben diese Theorien allerdings nichts zu tun. Im Gegenteil, in ihnen kommt die völlige Unterwerfung und Versklavung der DDR durch den russischen Sozialimperialismus zum Ausdruck. Das marxistisch-leninistische Vokabular kann diese Tatsache nur schlecht vertuschen. Schon in der Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei zur nationalen Frage ,,Deutschland dem deutschen Volk!" wurde betont: ,,***Wenn wir Marxisten-Leninisten von der Nation sprechen, gehen wir von folgender Bestimmung aus: Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart. Wer heute davon spricht, daß die deutsche Nation nicht mehr existiert, daß es heute zwei deutsche Nationen gibt, unterschätzt die Stabilität der Nation. Auch 25 Jahre nach der Teilung sprechen die Deutschen in Ost und West immer noch dieselbe Sprache, nämich die deutsche. Dasselbe gilt für das zweite Merkmal, die Gemeinschaft des Territoriums. Dadurch, daß man gewaltsam eine Grenze mitten durch Deutschland gezogen hat, hat sich nichts daran geändert, daß das deutsche Volk auf einem kompakten Territorium im Zentrum Europas lebt. Zwar wurde die Gemeinschaft des Wirtschaftslebens weitgehend unterbrochen, die DBR in den Wirtschaftsblock der EWG, die DDR in das COMECON eingegliedert, doch ändert das nichts daran, daß es eben zum Schaden des deutschen Volkes geschah. [...] Auch an der psychischen Wesensart der Deutschen mit all den Vorteilen und guten Eigenschaften, wie auch ihren Schwächen und Fehlern, die ihnen eigen sind, hat sich hüben wie drüben wenig geändert. Die Geschichte hat bewiesen, daß Nationen nicht so rasch verschwinden. Jahrhundertelang war Polen in zwei, drei Teile zerrissen, ohne daß die Polen ihren Charakter als Nation verloren hätten. Wer heute behauptet, daß die deutsche Nation nicht mehr existiert, unterstellt der Nation ein fünftes Merkmal, das eines einheitlichen, abgesonderten Nationalstaates. ...indem die Machthaber der DDR von zwei abgesonderten deutschen Nationalstaaten sprechen, haben sie auch hier ganz klar die Prinzipien des Marxismus-Leninismus verraten und sich auf die Position der imperialistischen Unterdrücker gestellt. [...] Wie die imperialistische Bourgeoisie Westdeutschlands verschachert die neue Bourgeoisie Ostdeutschlands zwecks Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft die nationalen Interessen des deutschen Volkes.***" (Theoretisches Organ Nr. 1, S. 14/15).

Solange die SED noch eine revolutionäre Partei war, ging sie auch von der Einheit der deutschen Nation aus. Nach dem 2. Weltkrieg gelang es den amerikanischen Imperialisten im Verein mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie, Deutschland zu spalten, um wenigstens in einem Teil des Landes die Herrschaft des Imperialismus zu retten. Im anderen Teil dagegen gelang es der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern. 1949 wurde die DDR, der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden gegründet. Damals führte die SED an der Spitze der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Klassen und Schichten des Volkes einen konsequenten Kampf um die Einheit der Nation. Sie unterstützte gleichzeitig die Werktätigen in der Bundesrepublik und Westberlin in ihrem Kampf gegen den amerikanischen und westdeutschen Imperialismus. Ziel des Kampfes war der Sozialismus in ganz Deutschland. Mit der revisionistischen Entartung der SED aber, ihrem Verrat am Marxismus-Leninismus, der Restauration des Kapitalismus und der Zerschlagung der Diktatur des Proletariats und der Errichtung der sozialfaschistischen Diktatur der neuen Bourgeoisie, verriet die SED auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes. Nicht genug damit, den Kampf für die Einheit der Nation, gegen US-Imperialismus und westdeutschen Imperialismus abzuschwächen und zu sabotieren, verschacherten die revisionistischen Machthaber in der DDR ,,ihren" Teil Deutschlands an die russischen Sozialimperialisten. Die Arbeiterklasse der DDR, einst Herr des Staates, ist heute versklavt.

Die SED ist ein treuer Lakai ihrer Herren in Moskau. Die Theorie von den zwei deutschen Nationen ist eine großrussische chauvinistische, eine sozialimperialistische Theorie. Die Geschichte hat gezeigt, daß bisher noch jeder Eroberer versucht hat, die nationale Identität der von ihm unterdrückten Völker auszulöschen, sie ideologisch und kulturell zu unterwerfen, jede nationale Äußerung zu unterdrükken und zu verbieten. So handelten die alten Zaren, die es den von ihnen unterdrückten Nationen nicht einmal erlaubten, in ihrer Muttersprache zu reden; so handelte Hitler, als er die von den deutschen Imperialisten unterjochten Völker zu ,,germanisieren" versuchte. Die amerikanischen Imperialisten traten, besonders nach dem 2. Weltkrieg, mit der Ideologie des Kosmopolitismus auf und erklärten, daß die Nationen längst überholt seien, während sie gleichzeitig in großem Umfang ideologische und kulturelle Diversion betrieben, um den Völkern ihre Unterdrückung auch noch schmackhaft zu machen.

Genau dasselbe tun die russischen Sozialimperialisten. Was sie ,,Aufblühen der sozialistischen Nation durch Annäherung an die sozialistische Staatengemeinschaft" nennen, was sie ,,Internationalismus" nennen, bedeutet in Wirklichkeit die völlige Unterordnung unter den großrussischen Chauvinismus, unter die Herrschaft des russischen Sozialimperialismus. Je fester der Griff Moskaus wurde, je mehr die russischen Sozialimperialisten die besondere politische, ökonomische und militärische Eigenständigkeit der osteuropäischen Staaten und damit auch der DDR zunichte machten, um sie im sowjetischen Staat aufgehen zu lassen, um so weniger durften ihre revisionistischen Lakaien über die deutsche Nation sprechen. Im Programm der SED von 1963, das auch schon durch und durch revisionistisch war, in dem der friedliche Weg zum Sozialismus propagiert wurde, die antimonopolistische Demokratie usw., wurde die SED noch als Partei der ,,*nationalen Einheit*" bezeichnet und beteuert, daß sie ,,*unverrückbar*" am ,,Kampf um die Überwindung der Spaltung der deutschen Nation" festhält. Das war vor 13 Jahren. Damals war der DDR wenigstens noch formal die vollständige Souveränität bei der Lösung von Fragen ihrer Innen- und Außenpolitik, darunter z.B. auch das Kontrollrecht über den Verkehr nach Westberlin zugestanden. Aber nachdem die russischen Sozialimperialisten schon in dem 1970 zwischen ihnen und den westdeutschen Imperialisten geschlossenen Vertrag auf die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus verzichtet hatten und nachdem sie darüber hinaus im Viermächteabkommen ihren Status als Besatzungsmacht bekräftigten und die Souveränität der DDR weiter einschränkten, folgten schließlich in schneller Folge der Entwurf einer neuen Verfassung der DDR, in der das Schicksal der DDR mit dem der Sowjetunion verknüpft wird, die vorzeitige Kündigung des bilateralen Vertrages von 1964 und der Abschluß eines neuen, auf 25 Jahre befristeten ,,Freundschaftsvertrages", mit dem sich die DDR-Machthaber selbst zu Vasallen der russischen Sozialimperialisten erklären, folgte auf der 29. Tagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) die ,,Koordinierung" der neuen Fünfjahrpläne, die die Wirtschaft der DDR noch mehr in die sowjetische Volkswirtschaft eingliedert und dieser unterordnet; folgt jetzt schließlich der neue Programmentwurf der SED als Dokument der vollständigen Unterwerfung der revisionistischen SED unter die Ziele und Interessen der russischen Sozialimperialisten. Heute herrscht in der DDR die russische Monopolbourgeoisie, der russische Sozialimperialismus. Die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Klassen und Schichten der Bevölkerung der DDR werden in der Hauptsache von ihm ausgebeutet, ausgeplündert und unterdrückt. Und noch niemals in der deutschen Geschichte hat es eine solche Partei des nationalen Verrats gegeben, wie die SED, die, wie das neue Programm auch schon rein äußerlich zeigt, in jedem Punkt williger Diener ihres Herrn, der neuen Zaren im Kreml ist.

Wenn man das Programm liest, so fällt nichts so sehr auf, wie die speichelleckerischen Beteuerungen der ,,*Freundschaft mit der Sowjetunion*", der ,,*Annäherung an die Sowjetunion*", des ,,*Kraftquells Sowjetunion*" usw. usf., die an allen möglichen und unmöglichen Stellen des Programms untergebracht sind. Das geht soweit, die Entwicklung der Landwirtschaft von der ,,*immer engeren Verflechtung der Volkswirtschaft der DDR mit der Volkswirtschaft der Sowjetunion*" abhängig zu machen und sogar im Programm die Notwendigkeit der ,,*Beherrschung ... besonders der russischen Sprache...*" festzulegen. Die ,,staatliche Selbstbestimmung" der DDR ist verwirklicht, heißt es an einer Stelle des Programms, an anderer aber über die Aufgaben der staatlichen Organe: sie ,,*fördern und realisieren die brüderliche Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Staaten und Völkern der sozialistischen Gemeinschaft*". Das kommt der Wahrheit schon näher. Die volle Wahrheit ist aber, daß ,,brüderliche Zusammenarbeit" heißt, daß sich die SED bereiterklärt, den ganzen Unterdrückungsapparat des Staates der neuen Bourgeoisie in den Dienst des russischen Sozialimperialismus zu stellen, ihn zu einem integralen Bestandteil des sozialimperialistischen Staates zu machen.

Die SED erklärt im neuen Programmentwurf die Stärkung der ,,Verteidigungsbereitschaft" zu einer vorrangigen Aufgabe. Als Grundlage dafür werden der Warschauer Pakt und die allseitige Zusammenarbeit mit der Sowjetunion genannt. Natürlich ist auch in dieser Beziehung viel die Rede von ,,brüderlichen Beziehungen", ja, sogar vom ,,Beispiel für die künftige Weltgemeinschaft freier und gleichberechtigter Völker". In Wirklichkeit allerdings beruht die Organisation des Warschauer Pakts keineswegs auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, sondern auf dem der Unterordnung. Der Warschauer Pakt ist ein aggressiver imperialistischer militärischer Block unter der Kontrolle des russischen Sozialimperialismus. Wie die anderen Armeen der Länder des Warschauer Pakts untersteht auch die ,,Nationale Volksarmee" der DDR dem Generalstab der russischen Sozialimperialisten. Nicht nur Mauer, Stacheldraht und Minenfelder, nicht nur die Tatsache, daß die NVA ihre Gewehre gegen die Werktätigen in der DDR richtet, sondern auch ihre Beteiligung, ihre Eingliederung in den aggressiven Warschauer Pakt, zeigt, daß diese Armee keine Armee des Volkes ist, die das Land schützt und verteidigt, sondern eine imperialistische Armee, die die Bevölkerung der DDR unterdrückt und als Aggressionsinstrument gegen andere Völker dient. 1968 beteiligten sich Truppen der NVA auf Befehl der Neuen Zaren im Kreml und der revisionistischen Ulbricht-Clique am Überfall auf die Tschechoslowakei. Heute sind ostdeutsche militärische Berater in vielen Ländern der Dritten Welt stationiert, angeblich Ausdruck der internationalistischen Hilfe, in Wirklichkeit Ausdruck der Expansion und Aggression des russischen Sozialimperialismus. Auch in Angola beteiligen sich Offiziere der NVA als Söldner der russischen Sozialimperialisten an der Aggression gegen das angolanische Volk. Die neue Bourgeoisie der DDR hat ihre Armee längst zum festen Bestandteil der Kriegsmaschinerie des russischen Sozialimperialismus gemacht. Als Kanonenfutter für den russischen Sozialimperialismus sollen die Soldaten auf den Schlachtfeldern eines künftigen imperialistischen Weltkrieges, der von den beiden Supermächten geführt wird, verheizt werden. Die DDR ist heute das Aufmarschgebiet der russischen Sozialimperialisten, die dort allein 20 Divisionen zusammengezogen haben, um die Bundesrepublik und Westeuropa zu überfallen.

Die 325000 sowjetischen Besatzer, die in der DDR stationiert sind, beweisen darüber hinaus, daß die neue Bourgeoisie der DDR, um ihre Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten, zum Schutz ihrer sozialfaschistischen Ausbeuter- und Unterdrückerordnung über die Werktätigen, die nationalen Interessen des deutschen Volkes mit Füßen tritt.

Die neue Bourgeoisie der DDR ist durch und durch reaktionär. Während sie die nationalen Interessen des deutschen Volkes auf allen Gebieten verschachert, beteiligt sie sich gleichzeitig im Schlepptau der russischen Sozialimperialisten an der Ausplünderung und Unterdrückung anderer Völker, an der Sabotage und Zersetzung der revolutionären Befreiungsbewegungen überall auf der Welt, am Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die sozialistischen Länder China und Albanien.

Wenn im Programmentwurf der SED als Aufgabe die Unterstützung des Kampfs der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern genannt wird, so bedeutet das in der Praxis nichts anderes, als durch die Verbreitung solcher Theorien wie der des Kampfs für ,,antimonopolistische Demokratie" und des ,,Kampfs für Frieden und Entspannung" die Arbeiterklasse zu entwaffnen, sie vom Weg der sozialistischen Revolution abzubringen, ihre Wachsamkeit einzuschläfern und den Aggressionen des russischen Sozialimperialismus in die Hände zu arbeiten. Hauptfeld dieser Arbeit ist und bleibt natürlich die Bundesrepublik, wo reichlich Geld und andere Mittel fließen, um die konterrevolutionäre Tätigkeit der modernen Revisionisten zu unterstützen.

Konterrevolutionär ist auch die Arbeit der sozialfaschistischen Honecker-Clique in den Ländern der Dritten Welt und den nationalen Befreiungsbewegungen. Der ,,proletarische Internationalismus", die Kampagnen zur angeblichen Unterstützung des chilenischen Volkes, der indochinesischen Völker usw. haben, neben der Aufgabe, die Werktätigen im eigenen Land zu betrügen, vor allem den Zweck, überall die Kräfte des Revisionismus, der Versöhnung, des Opportunismus zu stärken, die Völker vom Vertrauen in die eigenen Kräfte abzubringen, ihnen einzureden, daß sie ihre Befreiung nur durch die ,,Hilfe" und die ,,Unterstützung" durch die Sowjetunion erlangen könnten. So dienen sie dem Streben der russischen Sozialimperialisten nach Weltherrschaft, aber auch ihren eigenen Interessen. **Die neue Bourgeoisie der DDR beteiligt sich im Schlepptau des russischen Sozialimperialismus ebenfalls an der Ausplünderung und Unterdrükkung der Länder der Dritten Welt.**

Es liegt klar auf der Hand, was in diesem Zusammenhang damit gemeint ist, wenn es im Programm der SED heißt, daß sie dem ,,konsequenten Kampf gegen bürgerlich-nationalistische Konzeptionen" als eine Hauptaufgabe betrachtet. Als ,,Nationalisten" werden von ihnen schon seit langem die wirklichen Marxisten-Leninisten, die wirklichen Revolutionäre beschimpft, vor denen sie, ebenso wie vor dem Volk zittern. Die SED ist eine konterrevolutionäre sozialfaschistische Partei, eine Partei des nationalen Verrats, die auf der anderen Seite der Barrikade steht.

Aber ihr Versuch, die deutsche Nation auszulöschen, ist zum Scheitern verurteilt. Das deutsche Volk wünscht die nationale Einheit. Es wünscht ein unabhängiges Deutschland, in dem die zwei Supermächte nichts zu sagen haben. Das Banner des Marxismus-Leninismus, der sozialistischen Revolution und der nationalen Einheit und Unabhängigkeit ist auch in der DDR wieder erhoben. Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der KPD/ML, wird sich die Arbeiterklasse in der DDR im Bündnis mit den anderen werktätigen Klassen und Schichten in der sozialistischen Revolution erheben, die Ausbeuterordnung der russischen Sozialimperialisten und der sozialfaschistischen neuen Bourgeoisie zerschlagen, die Diktatur des Proletariats wiedererrichten. Es gibt nur einen Weg zur nationalen Einheit, den der Vertreibung aller Besatzungsmächte von deutschem Boden, vor allem der beiden Supermächte, und den revolutionären Sturz ihrer Lakaien und Bündnispartner, der neuen Bourgeoisie in der DDR und der westdeutschen Imperialisten.

FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

Aus der Diskussion des neuen Verfassungsentwurfs der VR Albanien

Rede des Genossen Ramiz Alia vor dem Generalrat der Demokratischen Front Albaniens

Am 26. Januar trat in Tirana der Generalrat der Demokratischen Front Albaniens zusammen, der die den Organisationen der Demokratischen Front entstehenden Aufgaben bei der Volksaussprache über die Ausarbeitung der neuen Verfassung der sozialistischen Volksrepublik Albanien diskutierte. Den Bericht hielt Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und Stellvertretender Vorsitzender des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens. Zu dem Bericht sprachen in der Diskussion zahlreiche Mitglieder des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens. Sie drückten die Freude und Begeisterung aus, die der Verfassungsentwurf der sozialistischen Volksrepublik Albanien im ganzen Volk hervorgerufen hat, sowie die Bereitschaft des ganzen albanischen Volkes, lebendig an der großen Volksaussprache über die Ausarbeitung der Verfassung teilzunehmen.

Wir drucken im folgenden die Rede des Genossen Ramiz Alia nach einer Zusammenfassung von Radio Tirana ab.

Die Bekanntgabe der neuen Verfassung, sagte Genosse Ramiz Alia in seiner Rede, hat große historische Bedeutung für unser Land. Die neue Verfassung, hat der geliebte Führer des albanischen Volkes Genosse Enver Hoxha betont, ist eine Widerspiegelung des ruhmreichen Weges und der ruhmreichen Erfahrung des sozialistischen Albaniens. Sie ist die Verfassung eines Landes, das treu zu den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus steht und sie schöpferisch anwendet und weiterentwickelt. Der Entwurf der neuen Verfassung ist auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus aufgebaut. In ihm sind als von den Klassikern des Marxismus-Leninismus formulierte Prinzipien, besonders die Prinzipien über die Diktatur des Proletariats, verkörpert, ebenso wie die Verallgemeinerung der reichen Erfahrung der Partei der Arbeit und unseres Staates beim Aufbau des Sozialismus.

In dem Verfassungsentwurf der sozialistischen Volksrepublik Albanien sind den Lehren gemäß, die aus dem revisionistischen Verrat gezogen wurden, der die Sowjetunion wie die anderen an sie gekoppelten Länder auf den Weg der Wiederherstellung des Kapitalismus führte, die grundlegenden Maßnahmen konkret widergespiegelt und gesetzlich verankert, um die Entstehung des Revisionismus und die friedliche Entartung der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Ordnung zu verhindern.

Der Entwurf der neuen Verfassung ist mit Übereinstimmung der heutigen Etappe der Entwicklung des Landes, der Etappe des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft ausgearbeitet. In ihm findet das seinen Niederschlag, was im Vergleich zur vorhergehenden Etappe neu ist, während gleichzeitig auch die Erfahrung und der von den Parteien der vergangenen Etappe befolgte korrekte Weg bekräftigt wird. Der Entwurf der neuen Verfassung drückt die Tendenz der sozialistischen Weiterentwicklung des Landes aus und dient auch als Arbeits- und Kampfprogramm für die Zukunft. Der Entwurf der neuen Verfassung enthält viele große revolutionäre Prinzipien und Ideen, auf denen das sozialistische Albanien und sein gesamtes Leben, das politische, wirtschaftliche, kulturelle usw. beruht und sich entfaltet.

Die Lehre von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats hat fundamentale Bedeutung

Das Problem des Staates der Diktatur des Proletariats nimmt einen fundamentalen Platz im Verfassungsentwurf ein. Im Gegensatz zur Bourgeoisie und den modernen Revisionisten, die versuchen, den Klasseninhalt ihres Staates zu leugnen, sind im Verfassungsentwurf der sozialistischen Volksrepublik Albanien alle Probleme von einem klaren proletarischen Klassenstandpunkt aus behandelt. Die Definierung des Charakters unseres Staates als Diktatur des Proletariats, die Aussage, daß die Tätigkeit des Staates zum Nutzen der Revolution und des Sozialismus erfolgt, und eine Reihe anderer Prinzipien zeugen klar von dem Klasseninhalt des Verfassungsentwurfes der sozialistischen Volksrepublik Albanien, der ihn grundlegend von den bürgerlichen und revisionistischen Verfassungen unterscheidet.



Die tiefe Verbundenheit zwischen der PAA und den Massen Albaniens findet auch bei diesem Besuch der Genossen Enver Hoxha, Ramiz Alia und Mehmet Shehu in einem Betrieb ihren Ausdruck.

Der Marxismus-Leninismus lehrt und die geschichtliche Erfahrung hat es bestätigt, daß Inhalt und Form des proletarischen Staates vom Sieg der Revolution bis zum Kommunismus nichts anderes sein kann, als die Diktatur des Proletariats. Nur sie kann die Versuche der gestürzten Klassen, wieder an die Macht zu gelangen, unterdrücken und liquidieren. Nur sie kann der ausländischen ideologischen und militärischen Aggression entgegentreten, die sozialistischen Errungenschaften verteidigen und die verschiedenen Gefahren der revisionistischen Entartung bannen, jene Erscheinung, die in der Sowjetunion und einer Reihe anderer Länder auftrat. Allein die Diktatur des Proletariats kann eine schwungvolle und starke Entwicklung der Produktivkräfte, der Technik und der Volkskultur garantieren, die ständige Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die ununterbrochene Erhöhung des Wohlstandes für die breiten werktätigen Massen, demokratische Freiheiten und die Entfaltung der Persönlichkeit des Menschen.

Im Entwurf der neuen Verfassung, fuhr der Redner fort, sind klar der Platz und die Rolle der Arbeiterklasse im System der Diktatur des Proletariats und im gesamten Leben der Gesellschaft festgelegt. Er macht die führende Rolle der Arbeiterklasse zur Grundlage der Einheit des Volkes, auf der unsere Republik beruht.

Ohne marxistisch-leninistische Partei als einzige Führung kann die Diktatur des Proletariats nicht bewahrt werden

In der Verfassung ist die führende Rolle der Partei der Arbeit Albaniens verankert. Die Führung der Partei ist nicht nur eine historische Realität Albaniens, da die Partei der Arbeit ebenso wie im Befreiungskampf auch in dem Kampf und der Arbeit für die ununterbrochene Entfaltung der sozialistischen Revolution an vorderster Front gestanden und sich als einzige führende politische Kraft des albanischen Volkes und der sozialistischen Gesellschaft erwiesen hat, sondern drückt auch ein wichtiges marxistisch-leninistisches Prinzip aus.

Ohne marxistisch-leninistische Partei als einzige Führung kann die Diktatur des Proletariats nicht bewahrt werden, kann der sozialistische Aufbau nicht vorangetrieben werden. Die Partei der Arbeit hat stets an dem marxistisch-leninistischen Prinzip festgehalten, daß die führende Rolle der Partei mit der Entwicklung und Festigung des Sozialismus nicht schwächer wird, sondern im Gegenteil sich ständig mehr verstärkt und vervollkommnet.

Die Bekräftigung der führenden Rolle der Partei der Arbeit im Entwurf der neuen Verfassung enthält auch deswegen unter den aktuellen Bedingungen besondere Bedeutung, da sie sich gegen die revisionistischen Theorien richtet, die die Lehren des Marxismus-Leninismus über die proletarische Partei angreifen, gegen die revisionistischen Predigten vom „Mehrparteiensystem im Sozialismus", gegen die Auffassungen von der kommunistischen Partei im sozialistischen Staat als einer „einfach ideologischen Kraft", gegen die Chruschtschowschen Thesen von der „Partei des ganzen Volkes" usw., die praktisch auf die Vernichtung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats und der sozialökonomischen sozialistischen Ordnung hinzielen.

Im Verfassungsentwurf der sozialistischen Volksrepublik Albanien wird betont, daß der Marxismus-Leninismus die herrschende Ideologie in Albanien ist, auf dessen Grundlage sich die gesamte sozialistische Gesellschaftsordnung entwickelt. Das stellt eine weitere Garantie für die Verteidigung und den Fortschritt der Revolution und des Sozialismus in Albanien dar.

Das albanische Volk wahrt seine Souveränität und achtet die der anderen Völker

Die Ausübung der vollständigen nationalen Souveränität, fuhr Genosse Ramiz Alia fort, ist ein weiteres Prinzip, das im Verfassungsentwurf zum Ausdruck kommt. Der Verfassungsentwurf erlaubt niemandem, außer dem Volk selbst und der vom Volk direkt gewählten Volksversammlung, die Souveränität des Volkes auszuüben. Das Territorium des sozialistischen Albanien wird für unveräußerlich erklärt und seine Grenzen für unantastbar. Der betont, daß die Verteidigung des Vaterlandes und der Errungenschaften des Sozialismus vom ganzen bewaffneten Volk gesichert werden. Die Verfassung verbietet die Stationierung ausländischer Stützpunkte und Truppen auf dem Territorium Albaniens. Niemandem wird das Recht zuerkannt, im Namen des albanischen Volkes und des Staates die Kapitulation oder Besetzung des Landes zu unterzeichnen oder zu akzeptieren.

Um jegliche Verletzung der nationalen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit sowie der Ausübung der vollständigen Souveränität auf allen Gebieten zu verhindern, verbietet der Verfassungsentwurf die Vergabe von Konzessionen sowie die Schaffung von anderen ausländischen oder mit den Monopolen und kapitalistischen und revisionistischen Staaten gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzgesellschaften und Institutionen und ebenso die Annahme von Krediten von ihnen. All diese Bestimmungen beruhen auf der revolutionären Politik und Praxis, die in Albanien seit der Gründung der Partei der Arbeit ständig angewendet wurden.

Ausgehend von den Prinzipien des proletarischen Internationalismus betrachtet der Verfassungsentwurf der sozialistischen Volksrepublik Albanien das Recht der Verteidigung und Ausübung der vollständigen Souveränität im eigenen Land als unleugbares Recht eines jeden Volkes. Das sozialistische Albanien hat die berüchtigte Breschnewsche Theorie der „begrenzten Souveränität" oder die US-imperialistische Theorie der „gegenseitigen Abhängigkeit der Welt" als unannehmbar und aggressiv zurückgewiesen und tut es weiterhin.

Man muß sich hauptsächlich auf die eigenen Kräfte stützen

Im Rahmen der im Entwurf der Verfassung vorgesehenen Maßnahmen, um die sozialökonomische Ordnung in Albanien zu erhalten und zu festigen, ist das Prinzip verankert, daß die Entwicklung der Wirtschaft, der gesamte Aufbau des Sozialismus und die Landesverteidigung sich hauptsächlich auf die eigenen Kräfte stützen. Das Prinzip, sich beim Aufbau des Sozialismus auf die eigenen Kräfte zu stützen, als eine Verfassungsnorm zu verkünden, stellt eine Bekräftigung der marxistisch-leninistischen These dar, daß der innere Faktor der entscheidende Faktor bei der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus ist, während der äußere Faktor ein Hilfsfaktor ist. Wie die historische Erfahrung Albaniens mit größter Klarheit bewiesen hat, ist die konsequente Anwendung des Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, entscheidend, um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes zu erhalten und ständig zu festigen. Die Partei der Arbeit hat die Predigten der Chruschtschow-Revisionisten über die sogenannte „wirtschaftliche Integration" und „internationale Arbeitsteilung", die darauf abzielen, die verschiedenen Länder durch den sowjetischen Sozialimperialismus wirtschaftlich und politisch zu versklaven, entschlossen zurückgewiesen. Das Prinzip sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, schließt die Unterstützung durch die revolutionären Kräfte der Welt, besonders die anderen sozialistischen Länder nicht aus, sondern macht sie im Gegenteil sicherer. Sie wird von der Partei der Arbeit und dem albanischen Volk als Ausdruck der brüderlichen Zusammenarbeit und internationalistischen Solidarität gewertet, die die proletarischen Revolutionäre und wirklichen Marxisten-Leninisten kennzeichnen.

Die proletarische Demokratie ist Ausdruck der wirklichen moralischen und gesellschaftlichen Befreiung der Person unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft

Auf die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger eingehend, fuhr Genosse Ramiz Alia fort: Im Gegensatz zu den bürgerlichen und revisionistischen Verfassungen, in denen die vorgesehenen Rechte nur verkündet werden, aber das Volk nicht in ihren Genuß kommt, und in denen die Pflichten, die tatsächlich beschränkende und diskriminierende Zwangsmaßnahmen sind, die Menschen des Volkes wie in Ketten gefesselt halten, beruhen im Verfassungsentwurf der sozialistischen Volksrepublik Albanien die Rechte und Pflichten auf der Einheit von Wort und Tat, sind sie Ausdruck des vollständigen Fehlens jeder Ausbeutung und Unterdrükkung, Ausdruck der wirklichen moralischen und gesellschaftlichen Befreiung der Person unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft. Sie sind durch die Einheit der Interes-

Fortsetzung auf Seite 7

Rede des Genossen Ramiz Alia

Fortsetzung von Seite 6

sen des Individuums und der Gesellschaft charakterisiert.

In dem Verfassungsentwurf wird insbesondere die allgemeine Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, die Nichtanerkennung irgendeiner Beschränkung oder irgendeines Privilegs in den Rechten und Pflichten der Bürger aufgrund von Geschlecht, Rasse, Nationalität, Bildung, gesellschaftlicher Stellung und materieller Lage betont.

Insbesondere kommt in dem Verfassungsentwurf die richtige marxistisch-leninistische Politik der Partei der Arbeit und des albanischen Staates in Bezug auf die nationalen Minderheiten klar und vollständig zum Ausdruck. Ihnen wird, heißt es in dem Verfassungsentwurf, die Verteidigung und Entwicklung ihrer Volkskultur und Traditionen, der Gebrauch ihrer Muttersprache, ihre Unterrichtung in der Schule und die gleiche Entwicklung auf allen Gebieten des sozialistischen Lebens garantiert.

Einer der größten Siege des Sozialismus in Alanien ist die Emanzipation der Frau, die Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann. An die Verwirklichung von Rechten, wie sie in Albanien durch den Kampf der Massen selbst, durch den Kampf der Frauen selbst unter Führung der Partei der Arbeit erreicht wurden, ist in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern nicht einmal zu denken. Diese Rechte sind unantastbar und durch die von der Partei der Arbeit und unserem proletarischen Staat befolgte revolutionäre marxistisch-leninistische Politik, durch den beständigen sozialistischen Charakter unserer sozialökonomischen Ordnung garantiert.

Rechte und Pflichten haben Klassencharakter. Jeder Staat ist ein Klassenstaat

Im Gegensatz zu den bürgerlichen und revisionistischen Verfassungen verschleiert der Verfassungsentwurf der sozialistischen Volksrepublik Albanien nicht den Klassencharakter der Rechte und Pflichten. Es gibt keinen über den Klassen stehenden Staat. Es gibt keine Freiheiten und Rechte im allgemeinen und keine abstrakten Freiheiten und Rechte. Die Diktatur des Proletariats drückt die Interessen der Arbeiterklasse, der Genossenschaftsbauernschaft und aller Werktätigen aus und verteidigt sie. Die Freiheiten und Rechte, die Demokratie genießen nur diese Klassen, nur die Werktätigen. In den bürgerlichen und revisionistischen Staaten drücken die Verfassungen nicht die Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, nicht die Interessen des Volkes aus, sondern die einer Minderheit: die der herrschenden Kapitalistenklasse. Die in den bürgerlichen und revisionistischen Verfassungen verkündeten Rechte genießt nur die Minderheit, die die Macht in der Hand hat. In Albanien kommt die Macht aus dem Volk und gehört dem Volk. Daher wird alles, was in der Verfassung geschrieben steht, die mit der breiten Teilnahme der Massen ausgearbeitet wird, obligatorisch in die Tat umgesetzt.

Die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie in Albanien sind voneinander unlösbar, sie existieren in einer einzigen und untrennbaren Einheit. Genosse Enver Hoxha hat gesagt, daß es ohne sozialistische Demokratie keine Diktatur des Proletariats gibt, wie es auch wirkliche Demokratie für die Werktätigen nicht ohne Diktatur des Proletariats geben kann. Die breiteste und vollständigste Demokratie für die Werktätigen betrachtet die Partei der Arbeit als eine unerläßliche und entscheidende Bedingung für die Existenz der Diktatur des Proletariats, für ihre Erhaltung und ständige Festigung.



Unter Führung der PAA bauen die Werktätigen den Sozialismus auf. (Bild: Wandzeitungen zum sozialistischen Wettbewerb in der Genossenschaft Dijak — Gemüsesektor).

Der demokratische Zentralismus ist ein allgemeines Grundprinzip bei Aufbau und Funktionsweise des sozialistischen Staates

Der neue Verfassungsentwurf verankert das Prinzip des demokratischen Zentralismus, betonte Genosse Ramiz Alia, das allgemeines Grundprinzip bei dem Aufbau und der Funktionsweise des sozialistischen Staates ist. Die Partei der Arbeit hat betont, daß die richtige Entfaltung der sozialistischen Demokratie verlangt, daß stets richtige Verhältnisse zwischen ihr und dem proletarischen Zentralismus beibehalten werden. Jedes einseitige Herangehen an diese große prinzipielle Frage, hat Genosse Enver Hoxha gesagt, „sei es die Verletzung des Prinzips des proletarischen Zentralismus oder die Verletzung der sozialistischen Demokratie ist äußerst gefährlich für die sozialistische Ordnung." Welche katastrophalen Folgen das Abweichen von diesem Prinzip haben kann, beweist das Beispiel der Sowjetunion, wo der demokratische Zentralismus durch den bürokratischen Zentralismus ersetzt wurde, der dann zu einer Waffe für die Herrschaft der revisionistischen neuen, bürgerlichen Klasse über die Werktätigen wurde. Das gleiche gilt für die anarcho-syndikalistischen Theorien und Praktiken der sogenannten Arbeiterselbstverwaltung, die dem freien Wirken der Gesetze des Kapitalismus die Türe öffnen usw.

Vor allem war und bleibt die grundlegende Basis des proletarischen Zentralismus in der albanischen sozialistischen Gesellschaft die marxistisch-leninistische Linie der Partei der Arbeit und ihre unteilbare Führung auf jedem Gebiet und jeder Ebene des Lebens des Landes.

Das Prinzip des proletarischen Zentralismus kann nicht ohne Kampf gegen die beiden großen Übel Bürokratismus und Liberalismus verwirklicht werden, aus denen auch die Gefahr der Entartung der Diktatur des Proletariats folgt. Es kann nicht ohne Anwendung der Massenlinie, und ohne Heranziehen der Massen zum Regieren des Landes, ohne unmittelbare Kontrolle durch die Arbeiterklasse und die Genossenschaftsbauerrischaft verwirklicht werden.

Die Außenpolitik der VR Albanien gründet sich auf die marxistisch-leninistischen Prinzipien

In dem Verfassungsentwurf der sozialistischen Volksrepublik Albanien sind ebenfalls richtig die Prinzipien der Außenpolitik festgelegt, die die Politik eines freien und unabhängigen sozialistischen Staates ist, der mutig und entschlossen die Interessen des Volkes und des sozialistischen Aufbaus verteidigt. Wie es auch in dem Verfassungsentwurf heißt, betonte Genosse Ramiz Alia ferner, befolgt Albanien eine Politik der Freundschaft und gegenseitigen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten, aufgrund des Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus, der Unterstützung der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und des Befreiungskampfes der Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt. Auf der Grundlage der Gleichheit, der Achtung der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils, ist Albanien für Beziehungen mit allen Staaten, für Frieden und gute Nachbarschaft mit ihnen. Es widersetzt sich jeder Form der imperialistischen Aggression, kolonialen Ausbeutung, Hegemonie und des Diktats jeder Art nationaler Unterdrückung und Rassentrennung.

Die Diktatur des Proletariats ist die Fortsetzung des Klassenkampfes in anderer Form

Der Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Erfahrung Albaniens lehren, daß der Klassenkampf eine Haupttriebkraft der Gesellschaft auch nach der Beseitigung der Ausbeuterklasse als Klasse bleibt. Lenin sagte: „Die Diktatur des Proletariats ist nicht das Ende des Klassenkampfes, sondern seine Fortsetzung in anderer Form." Der Klassenkampf im Sozialismus ist eine objektive Erscheinung, daher hat die Partei der Arbeit im Gegensatz zu den Chruschtschow-Revisionisten, die ihn leugnen, die These verteidigt, daß der Klassenkampf nicht nur in der Periode der Errichtung der ökonomischen Basis des Sozialismus, in der noch die gestürzten Ausbeuterklassen existieren, sondern auch nach ihrer Liquidierung als Klasse, in der ganzen historischen Periode des Sozialismus bis zum Kommunismus andauert. Der Klassenkampf findet nicht nur gegen die Klassenfeinde, sondern auch im Volke statt, daher hat die Partei der Arbeit betont, daß der Klassenkampf vor allem ein ideologischer Kampf um das Denken und Fühlen der Menschen ist.

All diese in dem Verfassungsentwurf verkörperten Ideen und Prinzipien stellen die Merkmale des wirklich sozialistischen Staates und der wirklich sozialistischen sozial-ökonomischen Ordnung dar, die sie vom falschen sozialistischen Staat und der falschen sozialistischen sozial-ökonomischen Ordnung, vom bürgerlichen Staat und der bürgerlichen sozial-ökonomischen Ordnung unterscheiden.

Aufgebaut auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und seiner schöpferischen Anwendung in Albanien, dient der Verfassungsentwurf der sozialistischen Volksrepublik Albanien auch der Verteidigung des Marxismus-Leninismus vor den Verfälschungen und Entstellungen, die die bürgerlichen und revisionistischen Propagandisten am Marxismus-Leninismus vornehmen. Er stellt gleichzeitig einen neuen Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis über den proletarischen Staat und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft dar.

Genosse Ramiz Alia sprach über die vom albanischen Volk erzielten Siege und die sich ihm in der Zukunft eröffnenden Perspektiven und fuhr fort:

Die Grundlage aller Siege ist die marxistisch-leninistische Linie der Partei der Arbeit Albaniens

Die Volksaussprache über den Verfassungsentwurf darf nicht von den in diesen 31 Jahren im sozialistischen Albanien unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens mit dem geliebten Führer Genossen Enver Hoxha an der Spitze erzielten Siege, nicht von der korrekten marxistisch-leninistischen Linie der Partei der Arbeit getrennt werden, die die Bedingungen schuf und die Ausarbeitung des neuen Grundgesetzes unserer Republik möglich machte. Dies ist die Periode der Industrialisierung des Landes und der Schaffung einer großen politisch und ideologisch gestählten und mit den notwendigen technischen und fachlichen Fähigkeiten ausgerüsteten Arbeiterklasse. Es ist die Periode der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Schaffung der neuen Genossenschaftsbauernschaft. Es ist die Periode einer tiefgehenden Kulturrevolution, der Schaffung des neuen Menschen der Epoche des Sozialismus, der von der Partei der Arbeit in den hohen revolutionären Idealen, in der flammenden patriotischen und wahren internationalistischen proletarischen Moral erzogen ist.

Heute gibt es in Albanien zwei befreundete Klassen: die Arbeiterklasse und die Genossenschaftsbauernschaft, sowie die Schicht der Volksintelligenz. Das Bündnis dieser beiden Klassen unter Führung der Arbeiterklasse und auf dieser Grundlage die Stärkung der moralisch-politischen Einheit des Volkes stellen das Hauptkennzeichen der neuen Klassenstruktur der albanischen sozialistischen Gesellschaft dar.

Die Errichtung der ökonomischen Basis des Sozialismus in Stadt und Land beseitigte ein für allemal die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, den Antagonismus zwischen Stadt und Land, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Ebenso werden allmählich die wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land verringert. Die Durchführung der Politik der Partei der Arbeit für die Industrialisierung führte zur Schaffung zahlreicher neuer Zweige, die es möglich machten, die Erzvorkommen und die übrigen Rohstoffe im Lande zu verarbeiten, um viele Ausrüstungen und Artikel, die früher eingeführt wurden, zu produzieren. Die intensive und harmonische Entwicklung der Industrie führte auch zur Schaffung einer fortgeschrittenen, vielzweigigen Landwirtschaft, sie trug zu ihrer Mechanisierung und Modernisierung bei, dazu, die Landwirtschaft auf den Weg der Intensivierung zu bringen.

Albanien nimmt im Verhältnis zur Bevölkerung einen der ersten Plätze in der Welt bei Schulen und kulturellen Einrichtungen ein. Bei den Menschen die mit und ohne Arbeitsunterbrechung lernen, bei Gesundheitseinrichtungen und dem medizinischen Personal. Nur wenige Länder in der Welt haben es geschafft, die Dörfer vollständig zu elektrifizieren wie Albanien, das in die Geschichte als erstes Land einging, das jede Art Steuern oder Abgaben abgeschafft hat. Albanien hat überall, auf allen Kontinenten, Freunde und enge Waffengefährten, und in erster Linie das große Volkschina, das unter Führung der kommunistischen Partei und des grossen Marxisten-Leninisten Mao Tsetung ein mächtiges und unbezwingbares Bollwerk des Sozialismus auf der Welt ist.

Die große Volksaussprache über den Verfassungsentwurf ist eine außergewöhnliche politische Aktion. Die Partei der Arbeit hat sich stets mit den breiten Volksmassen beraten, sie hat immer auf ihre Stimme gehört und sich ständig auf sie gestützt. Das ist einer der Wege, um die stählernen Verbindungen der Partei mit den Massen aufrecht zu erhalten und zu festigen, es ist eine der Quellen ihrer Kraft und Unbezwingbarkeit, der aufeinanderfolgenden historischen Siege, die das albanische Volk unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens errungen hat.



Das albanische Volk liebt seinen Führer Enver Hoxha

Die Volksaussprache über den Verfassungsentwurf, sagte der Stellvertretende Vorsitzende des Generalrats der Demokratischen Front Albaniens, Genosse Ramiz Alia, abschließend in seiner Rede, wird die allseitige Arbeit der Massen auf eine höhere Stufe heben, um die moralisch-politische Einheit des Volkes um die Partei der Arbeit Albaniens noch mehr zusammenzuschweißen, um die Diktatur des Proletariats und die sozialistische sozialökonomische Ordnung noch weiter zu festigen und um den 35. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens mit vollständig erfüllten Aufgaben, mit vollen Händen und aufrecht zu begehen.

Die neue Verfassung der Volksrepublik Albanien (Entwurf)

Das albanische Volk hat in seiner jahrtausendealten Geschichte in Auseinandersetzung mit inneren und äußeren Feinden seine Existenz als Volk und Nation verteidigt, für Freiheit und nationale Unabhängigkeit, für Boden und Muttersprache, für Brot und soziale Freiheit gekämpft. Nach jahrhundertelanger Knechtschaft hat es 1912 mit der Schaffung des unabhängigen albanischen Nationalstaates der ersten Sieg errungen.

Die nationale, demokratische und revolutionäre Bewegung erhielt einen neuen Aufschwung und Inhalt mit dem Triumph der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Verbreitung der kommunistischen Ideen, die eine entscheidende Wende für die Geschicke aller Völker der Welt darstellten. In der schweren Lage der faschistischen und nazistischen Besatzung und verraten von den herrschenden Klassen erhob sich das in der nationalen Befreiungsfront zusammengeschlossene albanische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Albaniens, heute Partei der Arbeit, und nahm mit der Waffe in der Hand den größten Kampf seiner Geschichte für nationale und soziale Befreiung auf. Im Feuer des Kampfes für Freiheit und auf den Trümmern der alten Staatsmacht entstand der neue albanische Staat der Volksdemokratie. Am 29. November 1944 erlangte Albanien die wirkliche Unabhängigkeit, und das albanische Volk nahm seine Geschicke in die Hand. Es triumphierte die Volksrevolution, und es wurde eine neue Epoche, die Epoche des Sozialismus, eingeleitet.

Unter den Bedingungen der Volksmacht wurden unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei große sozialökonomische Umwälzungen vollzogen, die in der ersten Verfassung des sozialistischen albanischen Staates verankert wurden. Der Herrschaft des ausländischen Kapitals und der Plünderung der Reichtümer des Landes wurde ein Ende gesetzt. Die Kapitalisten und Großgrundbesitzer wurden enteignet, und die hauptsächlichen Produktionsmittel gingen in die Hände des Volkes über. Es wurde der Weg für die sozialistische Industrialisierung des Landes gebahnt. Die Agrarreform gab den Boden dem, der ihn bebaute, und die Kollektivierung der Landwirtschaft brachte das Dorf auf den Weg des Sozialismus. An die Stelle des Privateigentums und der vielförmigen Wirtschaft trat das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und das einheitliche System der in Stadt und Land herrschenden sozialistischen Wirtschaft. Die Ausbeuterklassen und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wurden liquidiert. Die ganze gesellschaftliche Entwicklung erfolgt bewußt, planmäßig und im Interesse des Volkes.

Im sozialistischen Albanien ist die Arbeiterklasse die führende Klasse des Staates und der Gesellschaft. Neue Beziehungen gegenseitiger Hilfe und der Zusammenarbeit wurden zwischen den beiden befreundeten Klassen der Gesellschaft, der Arbeiterklasse und der Genossenschaftsbauernschaft sowie der Schicht der Volksintelligenz hergestellt. Die freie Arbeit freier Menschen ist zum entscheidenden Faktor des Aufblühens des sozialistischen Vaterlandes und der Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes und des eines jeden einzelnen geworden. Albanien überwand die jahrhundertealte Rückständigkeit und wurde ein Land mit fortgeschrittener Industrie und Landwirtschaft. Die lebendigen Kräfte des Volkes wurden befreit und seine unversiegbaren schöpferischen Energien kamen zum Durchbruch. Die albanische Frau trat aus der Finsternis heraus, wurde zu einer großen gesellschaftlichen Kraft und geht ihrer vollständigen Emanzipation entgegen. Bildung und Kultur sind Eigentum der breiten Massen des Volkes geworden und Wissenschaft und Wissen in den Dienst der Gesellschaft gestellt worden. Die Grundlagen des religiösen Obskurantismus wurden hinweggefegt. Das moralische Antlitz des werktätigen Menschen, sein Bewußtsein und seine Weltanschauung werden unter dem Einfluß der herrschenden Ideologie gewordenen proletarischen Ideologie gebildet. Der Sozialismus erweist seine ganze Überlegenheit über die alte Ausbeuterordnung.

Albanien ist in die Etappe des vollständigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft eingetreten. Die großen historischen Umwälzungen haben neue Bedingungen für den ständigen Vormarsch der Revolution und des sozialistischen Aufbaus geschaffen. Die Entfaltung des Klassenkampfes zugunsten des Sozialismus, die ständige Festigung des Staates der Diktatur des Proletariats und die Vertiefung der sozialistischen Demokratie, die Entwicklung der Produktivkräfte und die Vervollkommnung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die ununterbrochene Erhöhung des Wohlstandes der werktätigen Massen, die allmähliche Verringerung der Unterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft, Stadt und Land, geistiger und körperlicher Arbeit, die Bekräftigung der Persönlichkeit des Menschen im sozialistischen Kollektiv, die Beherrschung der modernen Technik und Wissenschaft und die fortwährende Revolutionierung des ganzen Lebens des Landes sind die breiten Wege, auf denen die sozialistische Gesellschaft gefestigt wird und vorwärtsschreitet.

Das albanische Volk ist entschlossen, seine nationale Unabhängigkeit, Volksmacht und seine sozialistischen Errungenschaften gegen jeden Feind zu verteidigen. Das sozialistische Albanien ist stets ein aktiver Faktor im Kampf für nationale und soziale Befreiung, für Frieden, Freiheit und die Rechte aller Völker gegen Imperialismus, Reaktion und Revisionismus. In seiner Außenpolitik läßt es sich von den großen Idealen des Sozialismus und Kommunismus leiten und es kämpft für ihren Triumph überall in der Welt. Das albanische Volk hat in der großen Lehre des Marxismus-Leninismus stetigen Ansporn gefunden, unter deren Banner es vereint um die Partei der Arbeit und unter ihrer Führung den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vorantreibt, um dann allmählich in die kommunistische Gesellschaft überzugehen.

Gesellschaftsordnung — Politische Ordnung

Artikel 1

Albanien ist sozialistische Volksrepublik

Artikel 2

Die sozialistische Volksrepublik Albanien ist ein Staat der Diktatur des Proletariats, der die Interessen aller Werktätigen ausdrückt und verteidigt. Die sozialistische Volksrepublik Albanien beruht auf der Einheit des Volkes und hat zur Grundlage das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Genossenschaftsbauernschaft unter Führung der Arbeiterklasse.

Artikel 3

Die Partei der Arbeit Albaniens, Vorhut der Arbeiterklasse, ist die einzige führende politische Kraft des Staates und der Gesellschaft. In der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die herrschende Ideologie der Marxismus-Leninismus. Auf der Grundlage seiner Prinzipien entwickelt sich die ganze sozialistische Gesellschaftsordnung.

Artikel 4

Die sozialistische Volksrepublik Albanien entfaltet ununterbrochen die Revolution, indem sie am Klassenkampf festhält, und ihr Ziel ist, den endgültigen Sieg des sozialistischen Weges über den kapitalistischen Weg zu sichern, den vollständigen Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu erreichen.

Artikel 5

Die ganze Staatsmacht in der sozialistischen Volksrepublik Albanien entspringt aus dem werktätigen Volk und gehört ihm. Die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauernschaft und die übrigen Werktätigen üben die Macht durch vertretende Organe und direkt aus. Die vertretenden Organe sind die Volksversammlung und die Volksräte. Niemand anders als die ausdrücklich in der Verfassung festgelegten Organe darf in der sozialistischen Volksrepublik Albanien und in ihrem Namen die Souveränität des Volkes und jedes ihrer Attribute ausüben.

Artikel 6

Alle Staatsorgane entfalten ihre Tätigkeit unter der Leitung und Kontrolle der vertretenden Organe. Sie sind vor ihnen verantwortlich und legen ihnen Rechenschaft ab.

Artikel 7

Die vertretenden Organe und die übrigen Staatsorgane stützen sich in ihrer ganzen Arbeit auf die schöpferische Initiative der Werktätigen und der gesellschaftlichen Organisationen. Sie ziehen sie zum Regieren des Landes heran und legen vor dem Volk Rechenschaft ab.

Artikel 8

Die vertretenden Organe werden vom Volk in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt. Die Wähler haben das Recht, jederzeit ihren Vertreter abzuberufen, wenn er das politische Vertrauen verloren hat, die ihm übertragenen Aufgaben nicht erfüllt oder entgegen den Gesetzen handelt. Organisierung und Art der Durchführung der Wahlen wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.

Artikel 9

Die Angestellten dienen dem Volk. Sie nehmen an der direkten Arbeit in der Produktion teil und werden im gerechten Verhältnis mit den Arbeitern und Genossenschaftsbauern entlohnt, um die Entstehung einer privilegierten Schicht nicht zulassen. Die Entlohnungsverhältnisse werden durch Gesetz festgelegt.

Artikel 10

Die Arbeiterklasse als führende Klasse der Gesellschaft sowie die übrigen werktätigen Massen üben eine direkte und organisierte Kontrolle über die Tätigkeit der Staatsorgane, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und ihrer Werktätigen aus, um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und die sozialistische Ordnung zu festigen.

Artikel 11

Das politische und wirtschaftliche Leben in der sozialistischen Volksrepublik Albanien entfaltet sich, indem die zentralisierte Leitung mit der Selbsttätigkeit der lokalen Organe und mit der schöpferischen Initiative der werktätigen Massen im Kampf gegen Bürokratismus und Liberalismus kombiniert wird.

Artikel 12

Es ist die Pflicht der Staatsorgane, Betriebe, Institutionen, Organisationen, der Vertreter der Staatsmacht und der Angestellten in ihrer Tätigkeit die Verfassung und die Gesetze, die den Willen der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen ausdrücken, zu achten und zu befolgen.

Artikel 13

Der Staat arbeitet mit den gesellschaftlichen Organisationen zusammen und schafft die Bedingungen, damit sie ihre Tätigkeit entfalten. Die gesellschaftlichen Organisationen schließen die Massen und breiten Schichten des Volkes zusammen und ziehen sie organisiert zum Aufbau des Sozialismus und zum Regieren des Landes heran, sie setzen sich für die kommunistische Erziehung ein und kümmern sich um die Lösung ihrer besonderen Probleme.

Artikel 14

Die sozialistische Volksrepublik Albanien verfolgt eine Politik der Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit den sozialistischen Staaten auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Sie unterstützt die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse und den Kampf der Völker für Freiheit, Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt. Die sozialistische Volksrepublik Albanien ist für Frieden und gute Nachbarschaft, für Beziehungen mit allen Staaten auf der Grundlage der Gleichheit, der Achtung, der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und des gegenseitigen Vorteils. Die sozialistische Volksrepublik Albanien widersetzt sich jeder Form der imperialistischen Aggression der kolonialen Ausbeutung, der Vormundschaft, des Diktats und der Hegemonie, der nationalen Unterdrückung und der Rassentrennung. Sie hält an dem Prinzip der Selbstbestimmung der Völker, der Ausübung der vollen nationalen Souveränität und Gleichheit aller Länder in den internationalen Beziehungen fest.

Wirtschaftsordnung

Artikel 15

Die Wirtschaftsordnung der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist eine sozialistische Wirtschaft, die auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln beruht. In der sozialistischen Volksrepublik Albanien gibt es keine Ausbeuterklassen. Das Privateigentum und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sind beseitigt und verboten.

Artikel 16

Das sozialistische Eigentum ist die unantastbare Grundlage der sozialistischen Ordnung, die Quelle des Wohlstandes des Volkes und der Stärke des Vaterlandes. Es wird durch den Staat besonders geschützt. Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln besteht aus dem Staatseigentum und dem genossenschaftlichen Eigentum in der Landwirtschaft.

Artikel 17

Das Staatseigentum gehört dem ganzen Volk und ist die höchste Form des sozialistischen Eigentums. Eigentum allein des Staates sind der Boden und die Bodenschätze, die Bergwerke, Wälder, Weiden und Gewässer, natürlichen Energiequellen, Werke, Fabriken, Maschinentraktorenstationen, landwirtschaftliche Betriebe, Banken, Verkehrswege und Schienen-, Luft- und Wasserfahrzeuge, Post-, Telegrafen- und Telefonanlagen, Radio- und Fernsehstationen und das Filmwesen. Eigentum des Staates ist ebenfalls jeder andere Besitz, der auf der Grundlage des Staatseigentums geschaffen wird und den der Staat laut Gesetz erwirbt.

Artikel 18

Der Außenhandel ist Monopol des Staates. Der Binnenhandel wird hauptsächlich vom Staat betrieben, der jede Tätigkeit auf diesem Gebiet kontrolliert.

Artikel 19

Der Boden wird unentgeldlich den Wirtschaftsbetrieben und staatlichen Einrichtungen, den landwirtschaftlichen Genossenschaften und gesellschaftlichen Organisationen zur gesellschaftlichen Nutzung oder einzelnen Bürgern zur persönlichen Nutzung überlassen. Landwirtschaftlich genutzter Boden darf nur mit Genehmigung der entsprechenden Staatsorgane für andere Zwecke verwendet werden.

Artikel 20

Der Schutz des Bodens, der Naturreichtümer, der Gewässer und der Luft vor Beschädigung und Beschmutzung ist Aufgabe des Staates, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und aller Bürger.

Artikel 21

Das genossenschaftliche Eigentum gehört der freiwillig zur Steigerung der Produktion und des Wohlstandes zum Aufbau des Sozialismus im Dorf und im ganzen Land zusammengeschlossenen Gruppe von Werktätigen des Dorfes. Genossenschaftliches Eigentum sind: Gebäude, Maschinen, Ausrüstungen, Fahrzeuge, Arbeitsgeräte und -mittel, Zug- und Lasttiere, Obstbaumkulturen, pflanzliche und tierische Erzeugnisse sowie andere für ihre Tätigkeit notwendige Mittel.

Artikel 22

Der Staat unterstützt die Entwicklung und Verstärkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und ihre Umwandlung in moderne Wirtschaften der sozialistischen Großproduktion. Unter bestimmten Bedingungen unterstützt der Staat die Errichtung und Entwicklung von Genossenschaften höheren Typs, an denen er durch Investitionen, besonders für Produktionsmittel, unmittelbar beteiligt ist, und so zu ihrem Miteigentümer wird. Die Überführung des genossenschaftlichen Eigentums in Eigentum des ganzen Volkes erfolgt im Einklang mit den objektiven Bedingungen aus freiem Willen der Genossenschaftler und mit Genehmigung des Staates. Der Staat setzt sich für die Verringerung der Unterschiede zwischen Stadt und Land ein.

Artikel 23

Das persönliche Eigentum der Bürger wird vom Staat anerkannt und geschützt. Persönliches Eigentum sind: die Einkommen aus Arbeit und anderen gesetzlichen Quellen, Wohnhäuser und andere Dinge, die dazu dienen, die persönlichen oder familiären materiellen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen. Persönliches Eigentum sind auch die Objekte, die aufgrund des Statuts der landwirtschaftlichen Genossenschaft der Genossenschaftlerfamilie gehören. Das persönliche Eigentum darf nicht zum Schaden der gesellschaftlichen Interessen genutzt werden.

Artikel 24

Ausgediente einzelne Objekte des genossenschaftlichen und persönlichen Eigentums können in Staatseigentum überführt werden, wenn es das Allgemeininteresse verlangt. Durch Gesetz werden die Kriterien der Überführung und die Art der Entschädigung festgelegt.

Artikel 25

Der Staat organisiert, leitet und entfaltet das ganze gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben nach einem einheitlichen und allgemeinen Plan mit dem Ziel, die ständig zunehmenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen, die Unabhängigkeit und Verteidigung des Landes zu festigen, indem auf der Grundlage der fortgeschrittenen Technik die sozialistische Produktion ununterbrochen gesteigert wird.

Artikel 26

Die Entwicklung der Wirtschaft und des gesamten Aufbaus des Sozialismus in der sozialistischen Volksrepublik Albanien stützt sich hauptsächlich auf die eigenen Kräfte sowie auf die internationalistische Hilfe der anderen sozialistischen Länder. In der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die Vergabe von Konzessionen, die Gründung von ausländischen oder mit bürgerlichen und revisionistischen Monopolen und Staaten gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzgesellschaften und anderen Institutionen sowie die Annahme von Krediten von ihnen verboten.

Artikel 27

Für die Verwaltung all dessen, was Eigentum des ganzen Volkes ist, schafft der Staat Wirtschaftsbetriebe, die ihre Tätigkeit entfalten, indem sie sich von den im Staatsplan ausgedrückten allgemeinen Interessen der Gesellschaft leiten lassen. Die Betriebe handeln auf Grundlage des Prinzips, die Ausgaben mit den Einnahmen zu decken und die Akkumulation für sich und die Gesellschaft zu garantieren. Die Akkumulationsmasse, ihre Verteilung und Verwendung wird zentralisiert vom Staat geregelt.

Artikel 28

Die Verkaufspreise für die Produkte der Staatsbetriebe sowie die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte durch den Staat werden von ihm festgelegt.

Artikel 29

Dem gesamten sozialökonomischen Leben des Landes liegt die Arbeit zugrunde. Die Arbeit bildet die Hauptquelle für die Sicherung des Lebensunterhalts eines jeden Bürgers. Der Staat strebt die Verringerung der Unterschiede zwischen der geistigen und körperlichen Arbeit, zwischen der Arbeit in der Industrie und in der Landwirtschaft an. Der Staat kümmert sich um den Arbeitsschutz und die Qualifikation der Werktätigen und ergreift Maßnahmen dafür.

Artikel 30

In der sozialistischen Volksrepublik Albanien wird das sozialistische Prinzip angewandt: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung. Für gleiche Arbeit ist gleicher Lohn garantiert. Als Arbeitsanreiz für möglichst große Ergebnisse wird richtig die Verwendung von materiellen Stimuli mit moralischen kombiniert, wobei den moralischen Stimuli der Vorrang eingeräumt wird. Der gesellschaftliche Konsumtionsfonds für die Befriedigung der gemeinsamen Bedürfnisse der Bürger wird laufend im Einklang mit den Möglichkeiten erhöht, die die Entwicklung der Wirtschaft des Landes schafft. Der Staat übt die Kontrolle über das Maß der Arbeit und des Konsums aus.

Artikel 31

Die Bürger zahlen keinerlei Steuern und Gebühren.

Bildung, Wissenschaft, Kultur

Artikel 32

Der Staat entfaltet eine breite ideologische und kulturelle Tätigkeit, um die Werktätigen kommunistisch zu erziehen und den neuen Menschen heranzubilden. Der Staat kümmert sich besonders um die allgemeine Entwicklung und Erziehung der jungen Generation im Geist des Sozialismus und Kommunismus.

Artikel 33

Die Bildung in der sozialistischen Volksrepublik steht in den besten Traditionen der albanischen nationalen und weltlichen Schule. Die Bildung wird vom Staat organisiert und geleitet, sie steht allen offen und wird kostenlos erteilt. Sie beruht auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und verbindet den Unterricht mit produktiver Arbeit und mit körperlicher und militärischer Ertüchtigung.

Artikel 34

Der Staat organisiert und leitet die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in enger Verbindung mit dem Leben und der Produktion im Dienst des Fortschritts der Gesellschaft und der Verteidigung des Vaterlandes. Der Staat unterstützt, daß sich

wissenschaftliche Kenntnisse unter den Massen verbreiten und sie breit zur wissenschaftlichen Forschungstätigkeit herangezogen werden.

Artikel 35

Der Staat schützt das Kulturerbe des Volkes und kümmert sich um die allseitige Entwicklung der sozialistischen nationalen Kultur. Der Staat unterstützt die Enfaltung der Literatur und Kunst gemäß der Methode des sozialistischen Realismus. Literatur und Kunst halten an den Idealen des Sozialismus und Kommunismus fest und sind von einem nationalen und volksverbundenen Geist durchdrungen. Körperkultur und Sport werden vom Staat gefördert.

Artikel 36

Der Staat erkennt keinerlei Religion an und unterstützt und entfaltet die atheistische Propaganda, um in den Menschen die wissenschaftliche materialistische Weltanschauung zu verwurzeln.

Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger

Artikel 37

Bürger der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist, wer aufgrund Gesetz albanische Staatsbürgerschaft hat.

Artikel 38

Die Rechte und Pflichten der Bürger beruhen auf dem Einklang der Interessen der Einzelperson und der sozialistischen Gesellschaft, wobei dem Allgemeininteresse Vorrang eingeräumt wird. Die Rechte der Bürger sind von der Erfüllung ihrer Pflichten untrennbar und dürfen nicht entgegen der sozialistischen Ordnung ausgeübt werden. Die Erweiterung und weitere Vertiefung der Rechte der Bürger hängt eng mit der sozialistischen Entwicklung des Landes zusammen.

Artikel 39

Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich. Es gibt keinerlei Beschränkung oder Privileg in den Rechten und Pflichten der Bürger aufgrund von Geschlecht, Rasse, Nationalität, Bildung, gesellschaftlicher Stellung und materieller Lage.

Artikel 40

Nationalen Minderheiten wird die Verteidigung und Entwicklung der Volkskultur und Traditionen, der Gebrauch der Muttersprache und ihre Unterrichtung in der Schule, die gleiche Entwicklung auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens garantiert. Jedes nationale Privileg und jede nationale Ungleichheit, sowie jede Handlung, die die Rechte der nationalen Minderheiten verletzt, ist verfassungsfeindlich und laut Gesetz untersagt.

Artikel 41

Bürger, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, haben das Recht zu wählen und in alle Organe der Staatsmacht gewählt zu werden. Vom Wahlrecht sind nur die Personen ausgeschlossen, denen es auf Gerichtsbeschluß entzogen ist, sowie durch Gericht für geistig unzurechnungsfähig erklärte Personen.

Artikel 42

In der sozialistischen Volksrepublik Albanien haben die Bürger das Recht auf Arbeit, das durch den Staat garantiert wird. Arbeit ist Pflicht und Ehre für jeden arbeitsfähigen Bürger. Die Bürger haben das Recht, ihren Beruf nach ihren persönlichen Fähigkeiten und Neigungen und im Einklang mit den Erfordernissen der Gesellschaft zu wählen und auszuüben.

Artikel 43

Die Bürger genießen das Recht auf Urlaub. Die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit sowie der bezahlte Jahresurlaub werden durch Gesetz geregelt. Für die Werktätigen werden Ferien- und Kulturhäuser und andere Stätten dieser Art geschaffen.

Artikel 44

Den Werktätigen von Stadt und Land werden die nötigen materiellen Mittel zum Lebensunterhalt im Alter, im Fall von Krankheit oder Verlust der Arbeitsfähigkeit gesichert. Der Staat kümmert sich besonders um die Invaliden des nationalen Befreiungskampfes, des Kampfes für die Verteidigung des Vaterlandes und die Arbeitsinvaliden und schafft die Bedingung für ihre Rehabilitation. Waisenkinder der für die Verteidigung des Vaterlandes und den Aufbau des Sozialismus Gefallenen haben die Fürsorge des Staates.

Artikel 45

Der Staat garantiert den Bürgern kostenlos notwendige ärztliche Behandlung sowie Krankenhausaufenthalt im Land.

Artikel 46

Die durch die Volksrevolution von politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung befreite Frau nimmt aktiv am sozialistischen Aufbau des Landes und der Verteidigung des Vaterlandes teil. Die Frau ist mit dem Mann in der Arbeit, Entlohnung, im Urlaub, in der Sozialversicherung, Bildung, der gesamten gesellschaftlich-politischen Tätigkeit und in der Familie gleichberechtigt.

Artikel 47

Mutter und Kind genießen Fürsorge und besonderen Schutz. Die Mutter hat das Recht auf bezahlten Urlaub vor und nach der Niederkunft. Der Staat eröffnet Entbindungheime sowie Kinderkrippen und -gärten.

Artikel 48

Ehe und Familie stehen unter der Fürsorge und dem Schutz des Staates und der Gesellschaft. Die Ehe wird vor den zuständigen Staatsorganen geschlossen. Die Eltern sind für das gute Aufwachsen und die kommunistische Erziehung der Kinder verantwortlich. Die Kinder haben die Pflicht, sich um ihre arbeitsunfähigen Eltern zu kümmern, die nicht die ausreichenden Mittel für ihren Lebensunterhalt haben. Unehelich geborene Kinder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die ehelich geborenen Kinder. Ohne Eltern und ohne Unterstützung gebliebene Kinder werden vom Staat aufgehoben und erzogen.



Militärische Übung von Freiwilligeneinheiten einer Fabrik.

Artikel 49

Die Bürger haben das Recht auf persönliches Eigentum. Das Erbrecht wird durch Gesetz geregelt.

Artikel 50

Der Staat garantiert die Freiheit der wissenschaftlichen Arbeit und des künstlerischen Schaffens. Die Urheberrechte werden durch Gesetz geschützt.

Artikel 51

Die Bürger haben das Recht auf Bildung. Die achtjährige Schulbildung ist allgemein und obligatorisch. Der Staat strebt die Erhöhung des Grades der obligatorischen Bildung für alle an.

Artikel 52

Die Bürger genießen die Freiheit der Rede, der Presse, der Organisierung, der Versammlung und von öffentlichen Umzügen. Der Staat garantiert die Verwirklichung dieser Freiheiten, schafft die Bedingungen für sie und stellt die notwendigen materiellen Mittel zu Verfügung.

Artikel 53

Die Bürger haben das Recht der Vereinigung in verschiedenen Organisationen, die auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem sowie jedem anderen Gebiet des Lebens des Landes wirken.

Artikel 54

Verboten ist die Bildung einer jeden Organisation von faschistischem, antidemokratischem, religiösem oder antisozialistischem Charakter. Verboten ist die faschistische, antidemokratische, religiöse, kriegshetzerische und antisozialistische Tätigkeit und Propaganda sowie das Anstacheln von Völker- und Rassenhaß.

Artikel 55

Der Staat garantiert die Unverletzlichkeit der Person. Niemand darf ohne Gerichtsbeschluß oder Billigung des Staatsanwaltes festgenommen werden. In Einzelfällen dürfen die zuständigen Organe eine Person nicht länger als drei Tage festhalten. Niemand darf ohne Gerichtsbeschluß und für eine Tat verurteilt werden, die vom Gesetz nicht als Straftat vorgesehen ist. Niemand darf verurteilt werden ohne vor Gericht anwesend zu sein, außer wenn seine Abwesenheit gesetzlich festgestellt ist. Niemand darf interniert oder ausgewiesen werden, außer in gesetzlich vorgesehenen Sonderfällen.

Artikel 56

Die Wohnung ist unverletzlich. Ohne Genehmigung der entsprechenden Person ist es niemandem erlaubt, seine Wohnung zu betreten, außer Vertretern der zuständigen Staatsorgane und unter gesetzlich festgelegten Bedingungen.

Artikel 57

Das Briefgeheimnis und das der anderen Kommunikationsmittel darf nicht verletzt werden, außer in Fällen der Verfolgung von Straftaten, des Ausnahme- und Kriegszustandes.

Artikel 58

Die Bürger haben das Recht, Gesuche, Beschwerden, Bemerkungen und Vorschläge zu persönlichen, gesellschaftlichen und Staatsangelegenheiten an die zuständigen Organe zu richten. Die Bürger haben unter gesetzlich festgelegten Bedingungen das Recht, vom Staat oder seinen Angestellten Entschädigung für Schäden zu verlangen, die durch unrechtmäßige Handlungen der Staatsorgane und Angestellten bei der Durchführung einer Aufgabe entstanden sind.

Artikel 59

Die Bürger sind verpflichtet, die Verfassung und die übrigen Gesetze zu achten und einzuhalten. Die sozialistische Ordnung zu bewahren und zu festigen sowie die Regeln des sozialistischen Zusammenlebens zu befolgen, ist Pflicht aller Bürger.

Artikel 60

Die Bürger haben die Pflicht, das sozialistische Eigentum zu hüten und verstärken. Die Verletzung des sozialistischen Eigentums stellt ein schweres Verbrechen dar.

Artikel 61

Die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes ist die höchste Pflicht und die größte Ehre für alle Bürger. Vaterlandsverrat ist das schwerste Verbrechen.

Artikel 62

Der Militärdienst und die ständige Ausbildung für die Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes ist Pflicht aller Bürger.

Artikel 63

Die albanischen Staatsbürger im Ausland genießen die Fürsorge und den Schutz des Staates.

Artikel 64

In der sozialistischen Volksrepublik Albanien erhalten ausländische Bürger, die wegen ihrer Tätigkeit für die Revolution und den Sozialismus, für Demokratie und die nationale Befreiung sowie für den Fortschritt von Wissenschaft und Kultur verfolgt werden, Aufenthaltsrecht.



Beim Bau des Wasserkraftwerkes Fierza. Eine Brigade diskutiert Probleme der Arbeit.

Die Volksversammlung

Artikel 65

Die Volksversammlung ist das höchste Organ der Staatsmacht, Halter der Souveränität des Volkes und des Staates und einziges gesetzgebendes Organ.

Artikel 66

Die Volksversammlung hat folgende hauptsächliche Befugnisse: Sie legt im Einklang mit der Generallinie und den Direktiven der Partei der Arbeit Albaniens die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik des Staates fest. Sie billigt und ändert die Verfassung und die Gesetze, sie entscheidet über die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze und legt sie aus. Sie billigt den Plan für die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes und den Staatshaushalt. Sie verkündet die teilweise und allgemeine Mobilmachung, den Ausnahmezustand sowie den Kriegszustand im Fall einer bewaffneten Aggression gegen die sozialistische Volksrepublik Albanien oder, wenn dies notwendig ist, um die aus internationalen Verträgen entspringenden Verpflichtungen zu erfüllen. Sie ratifiziert und kündigt die internationalen Verträge einer besonderen Bedeutung sowie die, die zur Änderung gültiger Gesetze führen. Sie erteilt Amnestie. Sie beschließt über Volksreferenden. Sie wählt, ernennt und beruft ab das Präsidium der Volksversammlung, den Ministerrat, das oberste Gericht, den Generalstaatsanwalt und seinen Stellvertreter. Diese Organe sind vor der Volksversammlung verantwortlich und legen ihr Rechenschaft ab. Sie legt die gebietsmäßigen Verwaltungseinheiten fest. Sie beschließt über die Bildung oder Auflösung von Ministerien.

Artikel 67

Die Volksversammlung setzt sich aus 250 Abgeordneten zusammen, die in Wahlbezirken mit gleicher Einwohnerzahl gewählt werden. Die Wahlen zur Volksversammlung finden nicht später als drei Monate nach dem Tag des Ablaufs ihres Mandats statt. Die Volksversammlung tritt nicht später als zwei Monate nach dem Tag der Wahl zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

Artikel 68

Die Volksversammlung wird auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Im Kriegsfall oder einem ähnlichen Ausnahmefall kann die Volksversammlung ihre Tätigkeit keit über die normale Frist hinaus verlängern, solange der Ausnahmezustand anhält. In besonderen Fällen kann die Volksversammlung ihre Auflösung vor Ablauf der Frist, für die sie gewählt ist, beschliessen.

Artikel 69

Die Volksversammlung wählt den Vorstand, der die Tagungen nach der Geschäftsordnung leitet.

Artikel 70

Die Volksversammlung tritt zweimal jährlich zu gewöhnlichen Sitzungen zusammen. Die Volksversammlung kann auf Beschluß des Präsidiums der Volksversammlung oder auf Ersuchen von einem Drittel der Abgeordneten zu Sondersitzungen einberufen werden. Die Tagungen der Volksversammlung werden eröffnet, wenn die Mehrzahl der Abgeordneten anwesend ist.

Artikel 71

Die Gesetze oder andere Akte der Volksversammlung gelten als gebilligt, wenn die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten dafür gestimmt hat. Die Gesetze werden nicht später als 15 Tage nach ihrer Billigung bekanntgegeben und treten 15 Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft, außer in Fällen, da es durch sie selbst anders vorgesehen ist.

Artikel 72

Die Volksversammlung wählt in ihrer ersten Sitzung eine Kommission zur Prüfung der Abgeordnetenmandate. Auf Vorschlag dieser Kommission bestätigt oder annulliert die Volksversammlung die Abgeordnetenmandate.

Artikel 73

Die Volksversammlung wählt aus ihrer Mitte aus Abgeordneten zusammengesetzte ständige oder provisorische Ausschüsse. Die ständigen Ausschüsse haben die Aufgabe, die Tätigkeit der Staatsorgane gemäß entsprechenden Sektoren zu verfolgen und zu kontrollieren, und der Volksversammlung oder dem Präsidium der Volksversammlung Probleme vorzulegen. Die provisorischen Ausschüsse werden für bestimmte Fragen gebildet.

Artikel 74

Der Abgeordnete der Volksversammlung hat die Pflicht, den Interessen des Volkes und der Sache des Vaterlandes und des Sozialismus bewußt und treu zu dienen, enge Verbindung mit den Wählern zu halten und vor ihnen Rechenschaft abzulegen. Der Abgeordnete der Volksversammlung hat das Recht, von allen Staatsorganen Erklärungen zu verlangen und bei ihnen für die strikte Einhaltung der Verfassung und der Gesetze zu intervenieren. Die Staatsorgane sind verpflichtet, die Forderungen und Vorschläge der Abgeordneten zu prüfen und ihnen innerhalb der festgelegten Regeln Antwort zu erteilen.

Artikel 75

Der Abgeordnete der Volksversammlung genießt Immunität. Der Abgeordnete darf ohne Genehmigung der Volksversammlung oder des Präsidiums der Volksversammlung nicht festgenommen, verhaftet oder strafrechtlich verfolgt werden, mit Ausnahme der Fälle, da er ein offensichtlich schweres Verbrechen begangen hat.

Artikel 76

Die Gesetzgebungsinitiative gehört dem Präsidium der Volksversammlung, dem Ministerrat und den Abgeordneten.

Das Präsidium der Volksversammlung

Artikel 77

Das Präsidium der Volksversammlung ist ständig tätiges höheres Organ der Staatsmacht. Das Präsidium der Volksversammlung setzt sich aus dem Vorsitzenden, drei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Sekretär und zehn Mitgliedern zusammen.

Artikel 78

Das Präsidium der Volksversammlung wird aus der Mitte der Volksversammlung in der ersten Sitzung gewählt und setzt seine Tätigkeit bis zur Wahl des neuen Präsidiums fort. Das Präsidium der Volksversammlung beschließt mit Stimmenmehrheit, wenn seine Mehrheit anwesend ist.

Artikel 79

Das Präsidium der Volksversammlung hat ständig folgende hauptsächliche Befugnisse: Es beruft die Sitzungen der Volksversammlung ein. Es legt den Zeitpunkt der Wahlen für die Volksversammlung und die Volksräte fest. Es verleiht Auszeichnungen und Ehrentitel. Es erteilt oder entzieht die albanische Staatsangehörigkeit und billigt ihre Abtretung. Es übt das Rederecht aus, es legt die verwaltungsmäßige Gebietseinteilung fest. Es schließt, ratifiziert und kündigt die ihm überlassenen internationalen Verträge. Auf Vorschlag des Ministerrats ernennt es die diplomatischen Vertreter und beruft sie ab. Es nimmt die Beglaubigungs- und Abberufungsschreiben der diplomatischen Vertreter ausländischer Staaten entgegen. Es verkündet von der Volksversammlung beschlossene Gesetze und Referenden.

Artikel 80

Das Präsidium der Volksversammlung übt zwischen den Sitzungen der Volksversammlung folgende Befugnisse aus: Es kontrolliert die Durchführung der Gesetze und Beschlüsse der Volksversammlung. Es kontrolliert den Ministerrat, das oberste Gericht, den Generalstaatsanwalt und jedes andere staatliche Organ und ruft sie zur Berichterstattung. Es ernennt auf Vorschlag des Vorsitzenden des Ministerrats einzelne Minister und beruft sie ab. Es ernennt einzelne Mitglieder oder die stellvertretenden Vorsitzenden des obersten Gerichts oder die stellvertretenden Generalstaatsanwälte und beruft sie ab. Die Verfügungen über ihre Ernennung oder Abberufung gehen in jedem Fall zur Billigung an die Volksversammlung. Es verkündet, wenn es unmöglich ist, daß die Volksversammlung zusammentritt, die teilweise oder allgemeine Mobilmachung, den Ausnahmezustand sowie den Kriegszustand im Fall einer bewaffneten Aggression gegen die sozialistische Volksrepublik Albanien oder, wenn es notwendig ist, um die aus internationalen Verträgen entspringenden Verpflichtungen zu erfüllen. Es erläßt Verfügungen von normativem Charakter, die der Volksversammlung in ihrer nächsten Sitzung zur Billigung vorgelegt werden. Es legt die Gesetze aus und legt sie der Volksversammlung in ihrer künftigen Sitzung zu Billigung vor.

Artikel 81

Das Präsidium der Volksversammlung kann die Volksräte auflösen, entsprechende provisorische Exekutivkomitees bestimmen sowie die Wahl eines neuen Volksrates beschließen. Das Präsidium der Volksversammlung setzt gesetzwidrige oder nicht ordnungsgemäße Akte des Ministerrats, der Volksräte und der Exekutivkomitees außer Kraft.

Artikel 82

Der Ministerrat ist das höchste exekutive und befehlsgebende Organ. Er setzt sich aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertretenden Vorsitzenden und den Ministern zusammen. Die Minister werden als Regel aus den Reihen der Abgeordneten der Volksversammlung bestimmt.

Artikel 83

Der Ministerrat wird in der ersten Sitzung der Volksversammlung ernannt. Der Ministerrat beschließt mit Stimmenmehrheit, wenn seine Mehrheit anwesend ist.

Artikel 84

Der Ministerrat hat folgende hauptsächliche Befugnisse: Er leitet die Tätigkeit zur Durchführung der Innen- und Außenpolitik des Staates. Er erläßt Beschlüsse und Erlasse aufgrund der Verfassung und der Gesetze und zu ihrer Ausführung. Er leitet und kontrolliert die Tätigkeit der Ministerien, der anderen zentralen Organe der Staatsverwaltung und der Exekutivkomitees der Volksräte und legt ihre innere Organisierung fest. Er arbeitet den Planentwurf für die wirtschaftliche und kultu-

Fortsetzung auf Seite 10

— Anzeige —



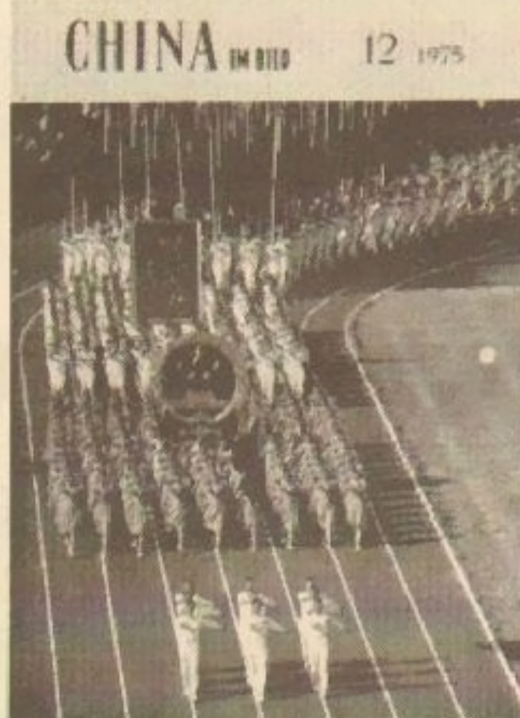
Politisch-gesellschaftliche Illustrierte. Erscheint zweimonatlich. Preis 2,00 DM

PEKING 2
RUNDSCHAU
北京周報
Glänzende Gedichte, die uns zum Kampf anspornen
12 Millionen Mittelschulabsolventen lassen sich auf dem Land nieder
Wachsende Gefahr eines neuen Weltkrieges

Politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten. Preis 0,40 DM

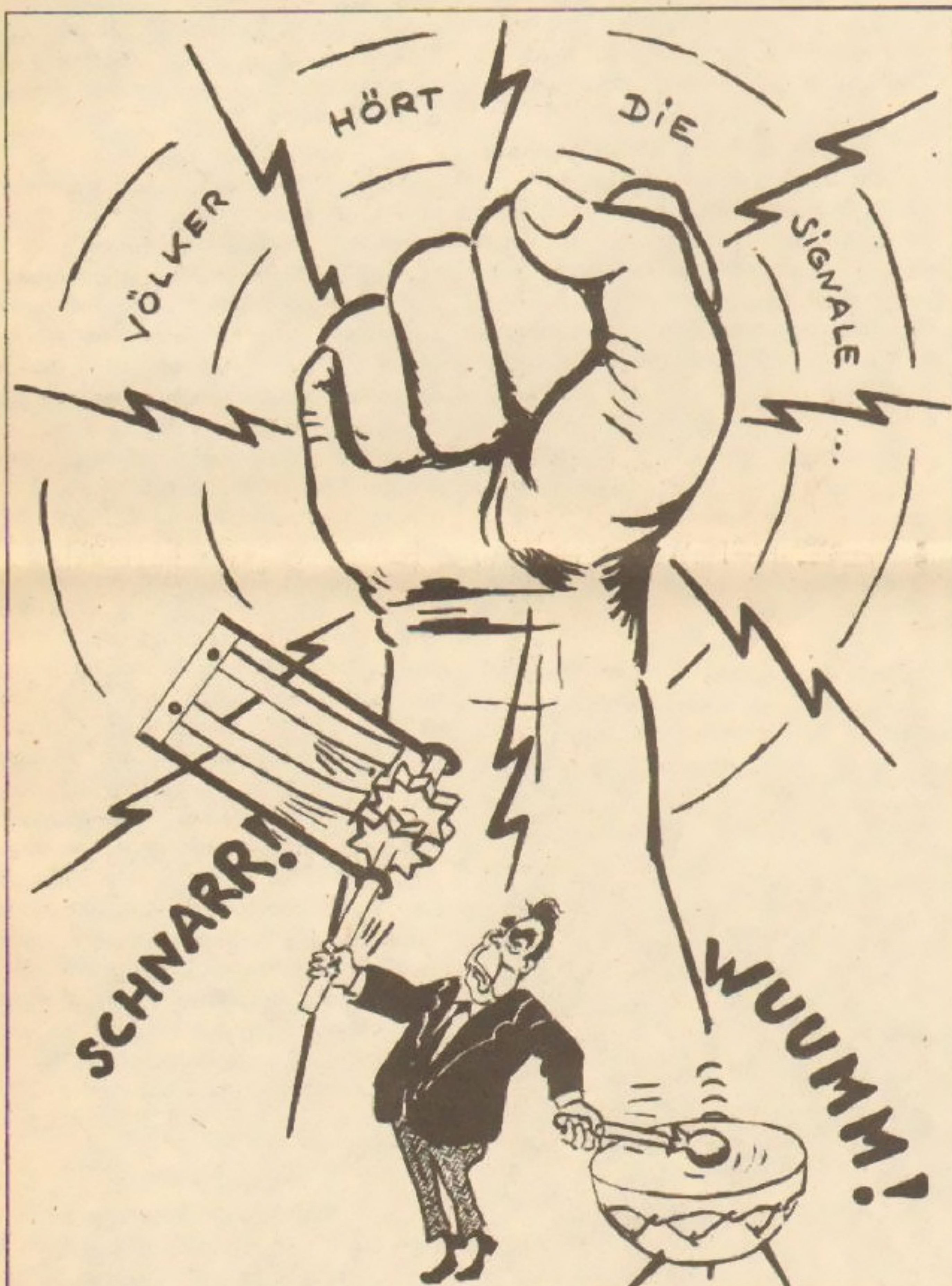


Politisch-informative Zeitschrift. Erscheint zweimonatlich. Preis 1,50 DM



Monatsschrift in Großformat mit reichem Bildmaterial. Preis 1,00 DM

Zu bestellen bei: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus**, 2000 Hamburg 11, Postfach 11 1649



Vergeblicher Versuch der Neuen Zaren die revolutionäre Stimme von Radio Peking und Radio Tirana zu ersticken.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,30 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

Die neue Verfassung der VR Albanien (Entwurf)

Fortsetzung von Seite 9

relle Entwicklung des Landes und den Staatshaushaltsentwurf aus, organisiert und kontrolliert ihre Ausführung, leitet oder organisiert das Geld- und Finanzwesen des Staates. Er leitet die Tätigkeit zur Erfüllung der Aufgaben auf dem Gebiet der Verteidigung des Landes im Einklang mit den Beschlüssen des Verteidigungsrates. Er trifft Maßnahmen zur Gewährleistung, Erhaltung und Festigung der sozialistischen Rechtsordnung und der Rechte der Bürger. Er schließt, billigt und kündigt internationale Verträge oder andere internationale Abkommen, die ihm überlassen sind.

Artikel 85

Der Ministerrat setzt gesetzwidrige oder nicht ordnungsgemäße Akte der Ministerien und der anderen zentralen Organe der Staatsverwaltung und der Exekutivkomitees der Volksräte außer Kraft. Der Ministerrat suspendiert die Ausführung von gesetzwidrigen oder nicht ordnungsgemäßen Beschlüssen und legt die Frage ihrer Außerkraftsetzung dem höchsten Volksrat oder dem Präsidium der Volksversammlung vor.

Artikel 86

Der Vorsitzende und die Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates bilden den Vorstand des Ministerrates. Der Vorstand des Ministerrats verfolgt, kontrolliert und faßt Beschluß über die Ausführung der vom Ministerrat festgelegten Aufgaben. Der Vorstand des Ministerrats repräsentiert den Ministerrat, führt den Vorsitz bei seinen Tagungen und leitet seine Tätigkeit.

Artikel 87

Die Ministerien sind zentrale Organe der Staatsverwaltung, spezialisiert nach bestimmten Tätigkeitszweigen, die von den Mitgliedern des Ministerrats geleitet werden.

Artikel 88

Die Minister sind für die Tätigkeit des entsprechenden Ministeriums und des Ministerrats verantwortlich, helfen den Organen, Betrieben, Institutionen und Organisationen, die von ihnen abhängig sind und kontrollieren sie. Die Minister erlassen für die in ihrer Befugnis stehenden Fragen Befehle und Anweisungen aufgrund der Gesetze und Erlasse und Beschlüsse des Ministerrats und zu ihrer Ausführung.

Artikel 89

Die Minister setzen die gesetzwidrigen und nicht ordnungsgemäßen Befehle und Anweisungen der von ihnen abhängigen Organe, Betriebe und Institutionen außer Kraft, sie suspendieren die Ausführung der gesetzwidrigen und nicht ordnungsgemäßen Beschlüsse der Exekutivkomitees der Volksräte, die mit dem entsprechenden Tätigkeitsbereich zu tun haben und legen die Frage ihrer Außerkraftsetzung dem Ministerrat vor.

Die Landesverteidigung und die Streitkräfte

Artikel 90

Der Staat hütet die Errungenschaften der Volksrevolution und des sozialistischen Aufbaus. Er verteidigt die Freiheit, nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Landes. Das Territorium der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist unveräußerlich, und seine Grenzen sind unantastbar.

Artikel 91

Die Verteidigung des Vaterlandes und der Errungenschaften des Sozialismus werden vom bewaffneten Volk gesichert, das in den aus der Volksarmee, den Kräften des Innenministeriums und den freiwilligen Kräften der Volksselbstverteidigung zusammengesetzten Streitkräften organisiert ist. Die Volksarmee, die Hauptkraft zur Verteidigung des Vaterlandes, ist eine Armee des Volkes und dient dem Volk. Die Streitkräfte werden von der Partei der Arbeit Albaniens geführt.

Artikel 92

Zur Lenkung, Organisierung und Mobilisierung aller Kräfte und Quellen des Landes zur Verteidigung des Vaterlandes wird der Verteidigungsrat geschaffen. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens ist der Oberkommandierende der Streitkräfte und der Vorsitzende des Verteidigungsrats. Die Zusammensetzung des Verteidigungsrats wird vom Präsidium der Volksversammlung auf Vorschlag des Vorsitzenden des Verteidigungsrats bestimmt.

Artikel 93

Niemand hat das Recht, im Namen der sozialistischen Volksrepublik Albanien die Kapitulation oder Besetzung des Landes zu unterzeichnen oder zu billigen. Jeder derartige Akt wird als Vaterlandsverrat bestraft.

Artikel 94

Auf dem Territorium der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist die Stationierung ausländischer Militärstützpunkte und ausländischer Truppen unzulässig.

Die lokalen Organe der Staatsmacht und der Staatsverwaltung

Artikel 95

Die Volksräte sind Organe der Staatsmacht, die unter breiter Teilnahme der werktätigen Massen das Land in den verwaltungsmäßigen Gebietseinheiten regieren. Die Volksräte leiten das ganze gesellschaftliche Leben auf politischem, wirtschaftlichem, sozialkulturellem, die Landesverteidigung und die Erhaltung der sozialistischen Rechtsordnung betreffendem Gebiet und bringen dabei die lokalen Interessen mit den allgemeinen Staatsinteressen in Übereinstimmung.

Artikel 96

Der Volksrat billigt den Plan für den lokalen Haushalt. Er wählt aus seiner Mitte das Exekutivkomitee und die Ratsausschüsse und beruft sie ab. Er leitet, unterstützt und kontrolliert die Tätigkeit der unteren Volksräte. Er erläßt innerhalb seiner Befugnisse Verordnungen und Beschlüsse.

Artikel 97

Die Tagungen des Volksrates werden eröffnet, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Der Volksrat beschließt mit Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder.

Artikel 98

Der höhere Volksrat kann den unteren Volksrat auflösen. Er bestimmt das Ständige Exekutivkomitee und beschließt die Wahlen für den neuen Volksrat. Der höhere Volksrat kann das Exekutivkomitee des unteren Volksrates abberufen und seine Neuwahl befehlen.

Artikel 99

Der Volksrat setzt gesetzwidrige oder nicht ordnungsgemäße Akte seines Exekutivkomitees, des unteren Volksrates und des entsprechenden Exekutivkomitees außer Kraft.

Artikel 100

Die Mitglieder des Volksrates haben die Pflicht, dem Volk bewußt und treu zu dienen, enge Verbindung mit den Wählern zu halten und vor ihnen Rechenschaft abzulegen. Sie haben das Recht, die Staatsorgane, Betriebe, Institutionen und Landwirtschaftlichen Genossenschaften zu kontrollieren und von ihnen die strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu verlangen. Die entsprechenden Staatsorgane sind verpflichtet, die Bemerkungen der Mitglieder der Volksräte zu erörtern und die nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Die Mitglieder des Volksrats genießen innerhalb der verwaltungsmäßigen Gebietseinheit des Volksrats Immunität. Sie dürfen ohne Genehmigung des Volksrates oder des Exekutivkomitees nicht festgenommen, verhaftet oder strafrechtlich verfolgt werden, außer in Fällen, da sie ein offensichtlich schweres Verbrechen begangen haben.

Artikel 101

Das Exekutivkomitee ist das exekutive und befehlsgebende Organ des Volksrates. Das Exekutivkomitee setzt seine Tätigkeit auch nach Ablauf des Mandats des Volksrates, der es gewählt hat, bis zur ersten Tagung des neuen Volksrates fort.

Artikel 102

Das Exekutivkomitee übt zwischen den Sitzungen des Volksrates die Rechte und Pflichten des Volksrates aus, ausgenommen die, die durch Gesetz in die Befugnis allein des Volksrates fallen. Das Exekutivkomitee legt dem Volksrat über seine Tätigkeit Rechenschaft ab, legt ihm seine wichtigsten Beschlüsse zur Billigung vor und erstattet über die Ausführung der Beschlüsse des Volksrates Bericht.

Artikel 103

Das Exekutivkomitee des Volksrates ist von dem Volksrat, der es gewählt hat, und dem höheren exekutiven und befehlsgebenden Organ abhängig. Das Exekutivkomitee des höheren Volksrates setzt gesetzwidrige oder nicht ordnungsgemäße Akte des unteren Exekutivkomitees außer Kraft, suspendiert die des unteren Volksrates und legt die Frage ihrer Außerkraftsetzung dem zuständigen Volksrat vor.

Artikel 104

Die bei den Exekutivkomitees eingerichteten spezialisierten Organe sind von dem Volksrat, seinem Exekutivkomitee und den höheren Organen der Staatsverwaltung abhängig und legen vor ihnen und den werktätigen Massen Rechenschaft ab.

Die Volksgerichte

Artikel 105

Die Volksgerichte sind die Organe der Rechtsprechung. Die Gerichte schützen die sozialistische Rechtsordnung, kämpfen für die Verhütung von Straftaten, erziehen die werktätigen Massen im Geist der Achtung und Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit und stützen sich auf ihre aktive Teilnahme. Höchstes Justizorgan ist das Oberste Gericht, das die Tätigkeit der Gerichte leitet und kontrolliert. Die Volksgerichte werden vom Volk nach gesetzlich festgelegtem Modus gewählt. Die Organisierung des Gerichtswesens und die Prozeßordnung werden durch Gesetz festgelegt.

Artikel 106

Die Gerichte verhandeln Straf- und Zivilsachen sowie andere Sachen, die durch Gesetz in ihre Zuständigkeit fallen. Die Verhandlung findet unter Teilnahme von Beisitzern und öffentlich statt, mit Ausnahme von gesetzlich anders festgelegten Fällen. In der Verhandlung wird die albanische Sprache benutzt. Personen, die nicht albanisch können, können ihre Sprache benutzen und mit Hilfe eines Dolmetschers sprechen. Der Angeklagte genießt das Recht auf Verteidigung.

Artikel 107

Das Gericht ist in der Verhandlung der Sache unabhängig, urteilt nur aufgrund des Gesetzes und spricht das Urteil im Namen des Volkes. Das Gerichtsurteil kann nur von dem zuständigen höheren Gericht aufgehoben oder abgeändert werden.

Die Staatsanwaltschaft

Artikel 108

Die Aufgabe der Staatsanwaltschaft ist, die strikte und gleiche Einhaltung der Gesetze durch die Ministerien und die anderen zentralen und lokalen Organe, durch die Gerichte, die Untersuchungsorgane, die Betriebe, Institutionen, Organisationen, Angestellten und Bürger zu kontrollieren. Die Staatsanwaltschaft hat das Recht, gegen jeden gesetzwidrigen Akt einzuschreiten und von den entsprechenden Organen seine Außerkraftsetzung oder Abänderung zu verlangen. Die Forderung des Staatsanwaltes muß innerhalb der gesetzlich festgelegten Frist erörtert werden, andernfalls wird die Ausführung des Aktes suspendiert.

Artikel 109

Der Generalstaatsanwalt legt der Volksversammlung und dem Präsidium der Volksversammlung die Fälle vor, in denen die Gesetze und Dekrete nicht mit der Verfassung übereinstimmen, sowie dem Ministerrat die Fälle, in denen seine Beschlüsse und Verordnungen nicht mit dem Gesetz übereinstimmen.

Artikel 110

Die Staatsanwälte werden vom Generalstaatsanwalt ernannt und hängen direkt von ihm ab.

Wappen, Flagge, Hauptstadt

Artikel 111

Das Wappen der sozialistischen Volksrepublik Albanien zeigt einen schwarzen doppelköpfigen Adler umgeben von zwei Weizenährengarben, die am oberen Ende einen roten fünfzackigen Stern haben und am unteren Ende mit einem Band gebunden sind, das das Datum 24. Mai 1944 trägt.

Artikel 112

Die Staatsflagge der sozialistischen Volksrepublik Albanien zeigt auf rotem Grund in der Mitte einen schwarzen doppelköpfigen Adler, über dem sich ein roter fünfzackiger in Gold umstickter Stern befindet. Das Verhältnis zwischen Breite und Länge der Flagge beträgt 1:1,40.

Artikel 113

Die Hauptstadt der sozialistischen Volksrepublik Albanien ist Tirana.

Schlußbestimmungen

Artikel 114

Die Verfassung ist das höchste Gesetz des Staates. Jede Tätigkeit zur Schaffung von Rechtsnormen findet gestützt auf die Verfassung und in voller Übereinstimmung mit ihr statt.

Artikel 115

Verfassungsänderungen oder -ergänzungen können nur auf Beschluß der Volksversammlung erfolgen. Entwürfe für Verfassungsänderungen oder -ergänzungen können vom Präsidium der Volksversammlung, dem Ministerrat oder von 2/5 der Abgeordneten vorgelegt werden. Entwürfe für Verfassungsänderungen oder -ergänzungen sind mit einer Mehrheit von 2/3 aller Abgeordneten angenommen.

Interview mit Genossen Kazimierz Mijal, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens

Im Kampf gegen den revisionistischen Verrat der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei gründete sich vor 10 Jahren die Kommunistische Partei Polens. Der ROTE MORGEN sprach mit dem Vorsitzenden der KP Polens, Genossen Kazimierz Mijal.

RM: Die KP Polens führt seit 10 Jahren den illegalen Kampf gegen die sozialfaschistische Diktatur der neuen Bourgeoisie und gegen den russischen Sozialimperialismus. Kannst Du uns berichten, welche Schwierigkeiten beim Kampf in Deinem Land auftreten und worin sich der Druck und die Verfolgung durch das sozialfaschistische Regime ausdrücken?

Genosse Mijal: Es ist für das Proletariat einfacher, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, wenn sie unmittelbar die Macht ausübt als wenn das durch Agenten von der Art der Gierek-Clique geschieht, die in der Maske der „Volksfreunde" auftreten. Die hauptsächlichen Schwierigkeiten ergeben sich aus der ideologischen, gesellschaftlichen und politischen Unfreiheit, in der die polnische Arbeiterklasse gegenwärtig leben muß. Diese Unfreiheit dient der Entwicklung des Kapitalismus und der Herrschaft der revisionistischen Diktatur der Bourgeoisie sowie der Besetzung des Landes durch den sowjetischen Sozialimperialismus.

In Polen befindet sich die Klasse der revisionistischen Bourgeoisie an der Macht. Sie stellt Großmachtansprüche unter dem Motto des sogenannten „Zweiten Plenes, das zählt" und fließt zugleich über von einem geradezu schandbaren Servilismus gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus.

Eine bedeutende Rolle bei der Beschleunigung des Entwicklungsprozesses des Kapitalismus und bei der Stärkung der bourgeoisen Kräfte in Polen spielt der reaktionäre Teil der politischen Emigranten aus der Zeit des zweiten Weltkrieges. Diese Emigranten arbeiten auf die Bindung der Wirtschaft und der Kultur Polens an den imperialistischen Westen hin, indem sie ihre Vorkriegsbeziehungen zum Land aufrechterhalten und zwar besonders mit dem reaktionären Teil der bürgerlichen Intelligenz und den Resten der enteigneten Großkapitalisten und Grundbesitzer.

Eine andere altbewährte Stütze der polnischen Reaktion ist der reaktionäre Teil des Klerus, der die jahrhundertealte Erfahrung der Organisation der katholischen Kirche und die politische Rückständigkeit eines Teils der Gesellschaft ausnutzt und so seinen Einfluß mit Hilfe der herrschenden Clique ausweitet und festigt. Gleichzeitig tritt er, in Zeiten der politischen Krise wie während des revolutionären Auftretens der Streikenden im Dezember 1970, auf die Seite der bürgerlichen Ordnung und ruft die ausgebeuteten Arbeiter zum Frieden und zur Versöhnung mit ihren Ausbeutern und Unterdrückern auf.

Die Atmosphäre des Verrats am revolutionären Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus lastet über dem gesamten Leben in Polen. Schließlich stellt die Notwendigkeit der illegalen Tätigkeit der KP Polens selbst eine gewisse Schwierigkeit bei der Organisierung des revolutionären Kampfes gegen die reaktionäre, politisch-ideologische Unterdrückung und gegen die Feinde der Arbeiterklasse dar.



Genosse Kazimierz Mijal mit Genossen Yao Wen-yüan bei seinem Besuch in der VR China im Frühjahr 1975

Was den zweiten Teil der Frage betrifft, so haben der Druck und die Verfolgung durch das revisionistische Regime in Polen ein breites Spektrum — von sogenannten „Aussprachen" mit Leuten, die der Feindschaft gegenüber der bourgeoisen Gierek-Clique verdächtig sind, bis hin zu Verhaftungen, Verurteilungen und fingierten „Selbstmorden". Das sozialfaschistische Regime in Polen wird gegen jede Form der politischen Opposition aktiv, besonders jedoch gegen revolutionäre Menschen. Es geht nach der reaktionären Methode von Zuckerbrot und Peitsche vor. Wenn es notwendig wird, die bürgerliche Diktatur zu schützen, zögert es nicht einen Augenblick,auf die Arbeitermassen zu schießen. Wenn die Mittel der Korruption durch Beförderung und Begünstigung und durch andere materielle Vorteile und Privilegien nicht mehr wirken, oder wenn Degradierung, Verlust des Arbeitsplatzes und andere Formen des wirtschaftlichen Drucks keine Ergebnisse zeigen, dann nimmt sich die polnische Polizei eines solchen „Widerspenstigen" an und setzt die sozialfaschistische „Mühle" von Erpressung, Provokation und Gefängnis in Gang. Während der Verhöre von Verdächtigen über die Zugehörigkeit zur KP Polens durch die Organe des Innenministerium wird blankes Banditentum angewandt. Die sozialfaschistischen Methoden zielen auf die physische Vernichtung des Menschen ab. Diese Renegaten des Kommunismus streben vor allem danach, den Revolutionär zu brechen, ihn zu erniedrigen und zu demütigen. Danach versuchen sie, ihn solange wie möglich und nötig, nicht aus den Reihen der revisionistischen Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei hinauszuwerfen, besonders dann, wenn es sich um altbewährte Revolutionäre handelt, die der Arbeiterklasse und der Gesellschaft gut bekannt sind. Denn diejenigen, die sich unter dem Terror der Gierek-Clique in den Sumpf von Versöhnung und Opportunismus begeben, werden von den Renegaten des Kommunismus für den Kampf gegen die KP Polens, zum Betrug an den Massen und zur Maskierung ihres Verrats am Marxismus-Leninismus und an der Diktatur des Proletariats in Polen mißbraucht.

RM: Was charakterisiert die gegenwärtige Lage der polnischen Arbeiterklasse?

Genosse Mijal: Der Verlust der Macht durch den konterrevolutionären Umsturz von 1956. Gegenwärtig ist die Arbeiterklasse nicht die herrschende Klasse. Die Macht in Polen befindet sich in den Händen der Diktatur der Bourgeoisie. Das Proletariat kämpft um den Sieg der sozialistischen Revolution und die Wiedererrichtung seiner Diktatur. Der Vorhut der polnischen Arbeiterklasse, ihr am meisten revolutionärer und politisch bewußter Kern, wird es immer bewußter, daß der Hauptfeind des Proletariats gegenwärtig die einheimische revisionistische Bourgeoisie und deren Bundesgenosse, der sowjetische Sozialimperialismus, ist.

Darüber hinaus gibt es aber innerhalb der polnischen Arbeiterklasse eine bedeutende Differenzierung. Bedingt durch das schnelle Anwachsen der Arbeiterklasse nach dem Krieg, gibt es neben diesem revolutionären Kern ein zahlenmäßig bedeutendes, klassenmäßig noch nicht genug gestähltes, vor allem junges Proletariat bäuerlicher Herkunft. Dazu die von den Renegaten des Kommunismus herausgefütterte Arbeiteraristokratie, die obere Schicht der besser verdienenden Arbeiter, die ihre Interessen mit denen der Kleinbourgeoisie gleichsetzt. Diese Struktur der Arbeiterklasse ist ein wichtiger Grund für den Einfluß und den Druck der bürgerlichen Ideologie von außen und die reaktionäre Propaganda der Kirche.

RM: Worin drückt sich die politische Unfreiheit und die wirtschaftliche Durchdringung Polens durch den russischen Sozialimperialismus aus und welche Folgen hat das für die Arbeiterklasse und die Masse der Werktätigen?

Genosse Mijal: Der sowjetische Sozialimperialismus hält Polen besetzt. Er begrenzt damit Polens Souveränität und macht das grundlegende Recht des polnischen Volkes auf ein unabhängiges Leben zunichte. Die gegenwärtige Regierung der revisionistischen Quislinge in Polen beschließt weder über die Verteidigung des Landes noch über die Außenpolitik Polens. Beides entscheidet Moskau. Die wirtschaftliche Abhängigkeit Polens von der Sowjetunion ergibt sich aus der Unterordnung seiner wirtschaftlichen Entwicklung unter die Interessen und Bedürfnisse des sowjetischen Sozialimperialismus. Auf dieser Grundlage entwickelt sich im Rahmen der RGW auch der polnische Außenhandel, die Politik der Ausnutzung ausländischer Kredite, die Investitionstätigkeit, die Festlegung der Einzelhandelspreise und des Wertes des Transfer-Rubels. Endgültig findet diese Politik ihren Ausdruck in einem entsprechend ungünstigen Nationaleinkommen Polens. Die Sowjetunion nutzt das unterschiedliche Niveau in der Entwicklung und Anwendung von Wissenschaft und Technik in der Produktion aus und zieht alle Vorteile des kapitalistischen Maximalprofits aus der polnischen Wirtschaft. Darüber hinaus muß der polnische Export in erster Linie die dringenden Bedürfnisse der UdSSR befriedigen. Das gleiche geschieht in Bezug auf die Versorgung des inländischen Marktes. Das alles führt zu zusätzlichen Zahlungsschwierigkeiten, verringert die Deviseneinflüsse und darüber hinaus das zur Verteilung anstehende Nationaleinkommen. Die negativen Folgen bekommen vor allem die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen zu spüren.

RM: Welche Rolle spielen der USA-Imperialismus und der westdeutsche Imperialismus?

Genosse Mijal: Der US-amerikanische und der westdeutsche Imperialismus behandeln Polen als den größten Satelliten des sowjetischen Sozialimperialismus mit einer genügend starken Rohstoffbasis, einem bedeutenden und vielfältigen Markt und mit alten kulturellen und Emigrationsbindungen unter der bürgerlichen Intelligenz und den bäuerlichen Schichten. Neben den fortschrittlichen und revolutionären Traditionen existiert in Polen auch eine bedeutende gesellschaftliche Basis für bourgeoise und geradezu rekationäre Sympathien. Unabhängig von diesen ideellen und politischen Bedingungen behandeln beide Imperialismen Polen als einen Markt, der ihnen heute und in Zukunft Vorteile schafft bei billigen Rohstoffen, Halbfabrikaten und Arbeitskräften. Bei der Zusammenarbeit von Industrie und Handel mit der DBR und den USA spielt Polen die Rolle des Zulieferers. Der Westen hingegen liefert die Technologie und streicht dafür Maximalprofite vom polnischen Volk ein. Die Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und dem Westen erfolgte — entgegen dem Eigenlob der Gierek-Clique — auf Initiative beider Imperialismen und im Zusammenhang mit der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftskrise im Kampf um neue, sogar sehr kleine Märkte für den Absatz und die Versorgung mit Rohstoffen.

Der Westen hat der Gierek-Clique die Politik der sogenannten dynamischen Entwicklung auf Kredit bis zu einem bestimmten Grad aufgezwungen, was in Warschau angesichts der Schwierigkeiten nach der Streikrevolte vom Dezember 1970 und dem völligen Mangel an Reserven aber mit Erleichterung aufgenommen wurde. „Der Ertrinkende greift nach dem Strohhalm." Der Export des amerikanischen und des deutschen Finanzkapitals nach Polen durch Anleihen und Kredite ist an bestimmte Importe durch Polen gebunden. Importiert wird zu Inflationspreisen und zwar genau festgelegte Arten von Maschinen und Ausrüstungen sowie Waren, die am meisten vom Produktionsverfall betroffen sind. Polen hat also erstens hier keine Auswahl und ist zweitens an die Lieferung polnischer Rohstoffe, wie etwa Kohle, Kupfer oder Schwefel gebunden. Es handelt sich also um Kredite ohne jedes Risiko und von sehr hoher Rentabilität, die dem Westen darüber hinaus helfen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Fortsetzung auf Seite 12



Proletariusze wszystkich krajów, łączcie się!

CZERWONY SZTANDAR

ORGAN KOMITETU CENTRALNEGO KOMUNISTYCZNEJ PARTII POLSKI

Nr. 2

NIECH ŻYJE 1 MAJA

NIECH ŻYJE 1 MAJA, DZIEŃ JEDNOŚCI I WSPÓŁDZIAŁANIA CAŁEGO POLSKIEGO LUDU PRACUJĄCEGO POD KIEROWNICTWEM KLASY ROBOTNICZEJ I JEJ AWANGARDY KOMUNISTYCZNEJ PARTII POLSKI, PRZECIWKO ROZWOJOWI KAPITALIZMU W POLSCE, PRZECIWKO WYZYSKOWI I UCISKOWI MAS PRACUJĄCYCH PRZEZ REWIZJONISTYCZNĄ DYKTATURĘ ...

DO KOMITETU CENTRALNEGO KOMUNISTYCZNEJ PARTII CHIN

PEKIN

Das in der Illegalität erscheinende Zentralorgan der KP Polens „Rote Fahne".







1970 bewies die polnische Bourgeoisie, daß sie bereit ist, den Kampf der Arbeiterklasse im Blut zu ersticken.

Norman Bethune in China

Nachdem Genosse Norman Bethune Anfang 1938 in China eingetroffen war, reiste er sogleich nach Yenan. Er trat dort mit Vorsitzendem Mao Tsetung zusammen und ging anschließend in die Stützpunktgebiete hinter den Linien des Feindes. Hier, im Grenzgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh, unmittelbar an der Front, stützte er sich sofort mit Feuereifer in seine Arbeit. 147 Verwundete wurden von ihm im ersten Monat operiert. Nachts arbeitete Genosse Norman Bethune am Plan für ein vorbildliches Krankenhaus... (Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM)



Bis in die Nacht arbeitete Genosse Bethune. Um die medizinische Betreuung zu verbessern, arbeitete er begeistert einen „Plan für die Errichtung eines vorbildlichen Krankenhauses" aus.



In dem alten Tempel des Dorfs Sungyänkou herrschte Hochbetrieb. Auf Initiative des Genossen Bethune wurde Schichtarbeit eingerichtet. Man nannte sie „Fünfwöchige Bewegung". Alle Soldaten und Einwohner des Dorfs nahmen am Aufbau des Krankenhauses teil. Sie verwandelten die einfache Sanitätsstelle in ein reguläres und vorbildliches Krankenhaus.



Genosse Norman Bethune arbeitete ununterbrochen. Außer der Behandlung der Verwundeten entwarf er Zeichnungen und zeigte Tischlern, wie Krankenbetten, Streckapparate u.a. hergestellt werden müssen.



Dann schwang er den Hammer, um den Schmieden bei der Herstellung medizinischer Geräte zu helfen. Die Genossen fragten ihn: „Warst du früher auch Arbeiter?" Er sagte lachend: „Wenn man ein guter Chirurg werden will, muß man zugleich auch arbeiten können wie ein Schmied Tischler, Schneider und Friseur!"



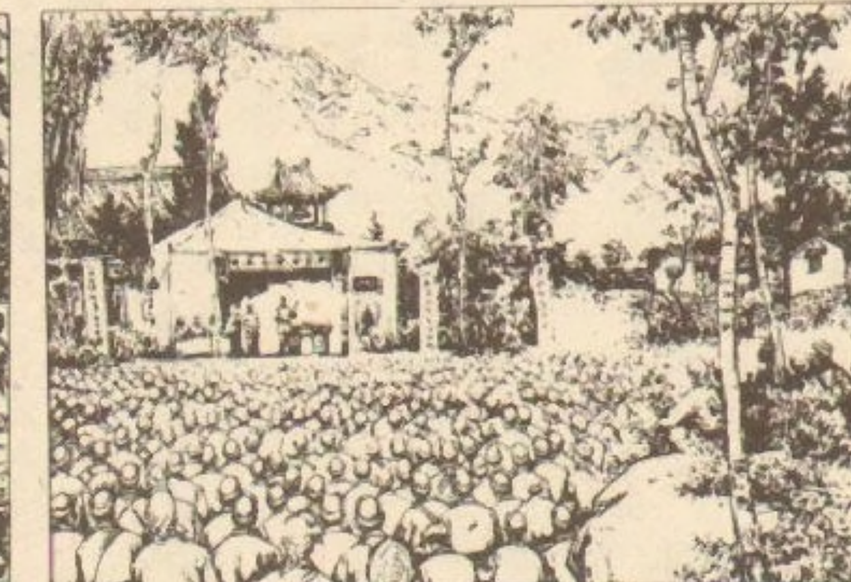
Mit großem Eifer brachte Genosse Bethune den Mitarbeitern im Krankenhaus allgemeine medizinische Kenntnisse bei und erklärte ihnen, wie man Wunden behandelt und sterilisiert.



Die Mitglieder des „Frauenverbandes zur Rettung des Vaterlandes" meldeten sich freiwillig, für das Krankenhaus Bettzeug und Kopfkissen zu nähen, Bettlaken und Wäsche zu waschen.



Auf einem von den Verwundeten oft benutzten Weg fehlte eine Steinplatte. Genosse Bethune fürchtete, daß Verwundete an dieser Stelle stürzen könnten und holte mit Genossen eine Steinplatte, um den Weg auszubessern.



Das Krankenhaus war fertig gebaut. Im Dorf Sungyänkou wurde eine Einweihungsfeier abgehalten. Die Leiter des Militärbezirkes, Vertreter der Grenzgebietsregierung und über 2000 Bewohner nahmen daran teil. Genosse Bethune trat auf die Rednerbühne und hielt eine Rede voll von internationalistischem Geist.

(wird fortgesetzt)

Interview mit Genossen Mijal

Fortsetzung von Seite 11

Durch die Aktivierung und Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen und der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit sowie durch den Kulturaustausch beleben und verstärken beide Imperialismen die Bindung aller prowestlichen Elemente in Polen an sich selbst. Das gilt vor allem für die reaktionären Schichten der bourgeoisen Intelligenz, wobei wiederum die Überflutung Polens durch importierte bürgerliche und dekadente westliche Kultur eine große Rolle spielt. Das alles ist nicht ohne Bedeutung für den gesamten internationalen Imperialismus bei der Rivalität der beiden hegemonistischen Mächte um Einflüsse in Europa und um die Beherrschung der Welt.

Welche Kampfform wendet die polnische Arbeiterklasse infolge dieser schweren Bedingungen in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und sozialfaschistische Unterdrückung an?

Genosse Mijal: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das konterrevolutionäre Regime der Gierek-Clique hat einen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Charakter. Am meisten verbreitet sind zur Zeit jedoch verschiedene Formen des ökonomischen Kampfes. An ihm nehmen breite Massen der Arbeiter teil.

Dieser Kampf betrifft die Löhne, die Arbeitsnormen, die Arbeitssicherheit, den Stillstand durch mangelnde Versorgung im technisch-materiellen Bereich usw. Diese Kämpfe überschreiten auch die Grenzen der einzelnen Fabriken und zwar als Folge der immer größeren Mängel in der Versorgung des Marktes mit Waren des täglichen Gebrauchs. Wie die Arbeiter ihre Losungen und Forderungen bekannt machen, hängt ab von den örtlichen Gegebenheiten. Um die illegale Organisation nicht zu enttarnen, geschieht es über örtliche Gewerkschaftsdelegierte oder über immer andere Arbeiter. Bei größeren Konflikten bilden die Arbeiter Delegationen, die der Verwaltung ihre Forderungen unterbreiten sollen. Während der Dezember-Ereignisse (1970) bildeten die Arbeiter Streikkomitees und auch Stadtkomitees, wie z.B. in Stettin. Bei Wahlen zu Gewerkschaftsorganen und anderen Arbeiterorganisationen findet die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Fragen und Kritiken einen politischen Ausdruck. Die revisionistischen Kandidaten der Verwaltung werden bei geheimer Abstimmung massenhaft durchgestrichen und neue Vertreter werden gewählt. Die Handgreiflichkeiten der Arbeiter mit der Bourgeoisie und kurze Streiks beschränken sich nicht auf kleine und mittlere Unternehmungen. Auch in den größten Fabriken brechen explosive Konflikte aus und bringen derzeit für die Gierek-Clique die Gefahr mit sich, daß sich die Lage verschärft oder die Streikbewegung auf andere Fabriken übergreift.

Die Arbeiter — besonders die der großen Fabriken — sind sich der Kraft bewußt, die ihren Ursprung in ihrer Konzentration, der Einheit und der Solidarität hat. Nur aus diesem Grund bemüht sich auch die Gierek-Clique, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen, geht sie Kompromisse ein, versucht sie, die Aktionseinheit der Arbeiter großer und kleiner Unternehmen, der Arbeiter verschiedener Branchen zu spalten, um so eine Verschärfung des Konflikts und einen offenen Zusammenprall mit dem Proletariat zu verhindern. Die Bourgeoisie hat aus den Dezember-Ereignissen bestimmte Lehren gezogen. Sie erzielt damit eine gewisse Wirkung, aber diese Wirkung wird nicht lange andauern.

RM: Wie ist die Haltung der KP Polens in diesem Kampf?

Genosse Mijal: Unsere wichtigste Aufgabe ist es, den Verrat der Gierek-Clique am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus und die hegemonistische Politik des sowjetischen Sozialimperialismus prinzipiell zu entlarven. Wir entlarven die Unterordnung der polnischen Renegaten des Kommunismus unter den sowjetischen Sozialimperialismus, ihre resignative Haltung bei der Verteidigung der Unabhängigkeit und Souveränität Polens. Wir entlarven die Absage der polnischen revisionistischen Agenten der Bourgeoisie an die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats, ihr Einschwenken auf den Weg des bürgerlichen Reformismus, der Klassenzusammenarbeit; ihre Versöhnung mit der einheimischen und der internationalen Bourgeoisie und Reaktion und den konterrevolutionären Charakter der Verstärkung der Beziehungen mit dem monopolistischen Großkapital des amerikanischen, französischen und englischen Imperialismus. Gleichzeitig betonen wir, daß es notwendig ist, die spontanen Kämpfe der Arbeiter in einen immer besser organisierten Kampf umzuwandeln, wobei wir alle uns zugänglichen legalen und illegalen Möglichkeiten ausnutzen. Unser Ziel ist die Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse bei ihrem Handeln.

Die KP Polens ruft die Arbeiter zum Widerstand gegen alle Attacken der bourgeoisen Gierek-Clique auf, egal, ob sie den Lebensstandard angreifen oder die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in Stadt und Land, in den Fabriken, Institutionen und auf den höheren Lehranstalten begrenzen. Auch die kleinste Angelegenheit, die die wirtschaftlichen Errungenschaften, die Arbeitssicherheit oder die politischen Rechte antastet und auf die Intensivierung der Ausbeutung und Unterdrückung hinausläuft, wird von uns als ein wichtiges Problem betrachtet. Jede solche Angelegenheit ist es wert, daß die Avantgarde des Proletariats im betreffenden Unternehmen den Kampf aufnimmt. Er muß dann so geführt werden, daß er das ideologisch-politische Bewußtsein hebt, damit er das Gefühl der Einheit, der Solidarität und Kraft des organisierten Handelns der Arbeiterklasse gegen ihre Feinde stärkt. So kann der Kampf — Verteidigung oder Angriff — auch um die kleinsten Dinge der arbeitenden Menschen einen revolutionären Charakter annehmen, können die Belegschaften der kämpfenden Abteilungen und der Betriebe mobilisiert und das Interesse, die Sympathie und die Unterstützungsbereitschaft der Arbeiter anderer Fabriken geweckt werden.

Wir wissen, daß unser Kampf schwer und langandauernd ist. Aber wir wissen auch, daß der endgültige Sieg der Arbeiterklasse in unseren beiden Ländern und auf der ganzen Welt gehört. Wir vergessen die Verpflichtungen, die sich für uns aus dem proletarischen Internationalismus ergeben, nicht. Wir verbinden unseren Kampf mit dem Kampf der gesamten internationalen Weltbewegung des Marxismus-Leninismus. Wir verstärken unsere Einheit und Solidarität mit der KPD/ML und allen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in der ganzen Welt.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Bestellschein

An Verlag G. Schubert

Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

○ **Abonnement ab Nr. .....**

○ **Probenummer**

....

Name, Vorname

....

Straße

....

PLZ, Ort

....

Datum, Unterschrift

Preis 30 DM. Der Betrag ist im voraus zu überweisen auf PSchKto Dortm. 417 06—466 oder Stadtsparkasse Dortmd. Nr. 321 004 393. Das Abonnement verlängert sich um 1 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○

(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Di und Do 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Großveranstaltung der KPD/ML

Zur Gründung der KPD/ML, Sektion DDR

Es spricht Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML

6. März 1976, in NRW
Ort und Saal werden noch rechtzeitig bekanntgegeben

— Anzeige —

VERLAG ROTER MORGEN

ENVER HOXHA

Rede des ersten Sekretärs des Zentralkommitees der Partei der Arbeit Albaniens vor seinen Wählern im Wahlkreis 209 von Tirana

65 Seiten Preis: 0,80 DM

Zu bestellen bei:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus

2 Hamburg 11, Postfach 11 1649